Bielefeld

Neue Westfälische vom 5. März 2019

Feier bei langjähriger Gewerkschafterin

■ **Bielefeld.** Am heutigen Dienstag, 5. März, feiert Edith Bestmann ihren 75. Geburtstag. Als Betriebsratsvorsitzende bei der Maschinenfabrik Seydel u. Co. GmbH vertrat die engagierte Gewerkschafterin früher beharrlich die Belegschaftsinteressen. Zugleich war sie gewähltes Ortsvorstandsmitglied und Mitglied in der Delegiertenversammlung, dem aus 100 gewählten Gewerkschaftsmitgliedern bestehenden „Parlament" der Gewerkschaft in Bielefeld. Sie gehörte obendrein viele Jahre dem Frauenausschuss ihrer Gewerkschaft an und engagiert sich auch heute noch im Seniorenkreis der Bielefelder IG Metall.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 5. März 2019

Engagierte Gewerkschafterin

Bielefeld (WB). Ihren 75. Geburtstag feiert heute Edith Bestmann. Sie war lange Jahre Betriebsratsvorsitzende bei der Maschinenfabrik Seydel in Bielefeld. Die Gewerkschafterin war Mitglied in der Delegiertenversammlung, dem aus 100 gewählten Gewerkschaftsmitgliedern bestehenden »Parlament« der Gewerkschaft und engagiert sich auch heute noch im Seniorenkreis der Bielefelder IG Metall.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 20.03.2019

Lohnverzicht bei Gerry Weber?

Zukunftstarifvertrag geplant – Ausverkauf der Aktie geht weiter

Von Oliver Horst

Halle (WB). Bei dem ums Überleben kämpfenden Haller Modekonzern Gerry Weber zeichnet sich nach Auslaufen des Insolvenzgelds zum Monatsende ein Lohnverzicht der Beschäftigten ab. Die Firmenleitung und die IG Metall haben sich auf einen Zukunftstarifvertrag verständigt, der von April an Einbußen vorsieht.

Die Tarifkommission und die Gewerkschaftsmitglieder müssen dem Paket noch zustimmen. Die Einschnitte seien geringer als bei dem im Januar, vor dem Antrag auf Insolvenz in Eigenverwaltung ausgehandelten Sanierungstarifvertrag, betonte Ute Herkströter, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Bielefeld. Ursprünglich sollten die Personalkosten durch einen Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie niedrigere Lohnerhöhungen für drei Jahre um bis zu zehn Prozent sinken.

Die Konzernzentrale von Gerry Weber in Halle.

Zudem sollen nächste Woche Eckpunkte für Regelungen zum geplanten Abbau von etwa 900 der konzernweit 6500 Stellen vereinbart werden. Diskutiert werden vor allem Abfindungen und eine mögliche Transfergesellschaft.

Derweil geht der Ausverkauf der Aktie weiter. Die Fondsgesellschaft Axxion hat sich von der Hälfte ihrer fast vier Millionen Anteile am Modekonzern getrennt. Statt 8,62 Prozent hält Axxion noch 4,28 Prozent. Auch Aufsichtsrat Alexander Hardieck hat weitere 18.662 Aktien für rund 7550 Euro verkauft. Der Kurs lag gestern bei nur noch 31 Cent. Den Aktionären droht der Totalverlust.

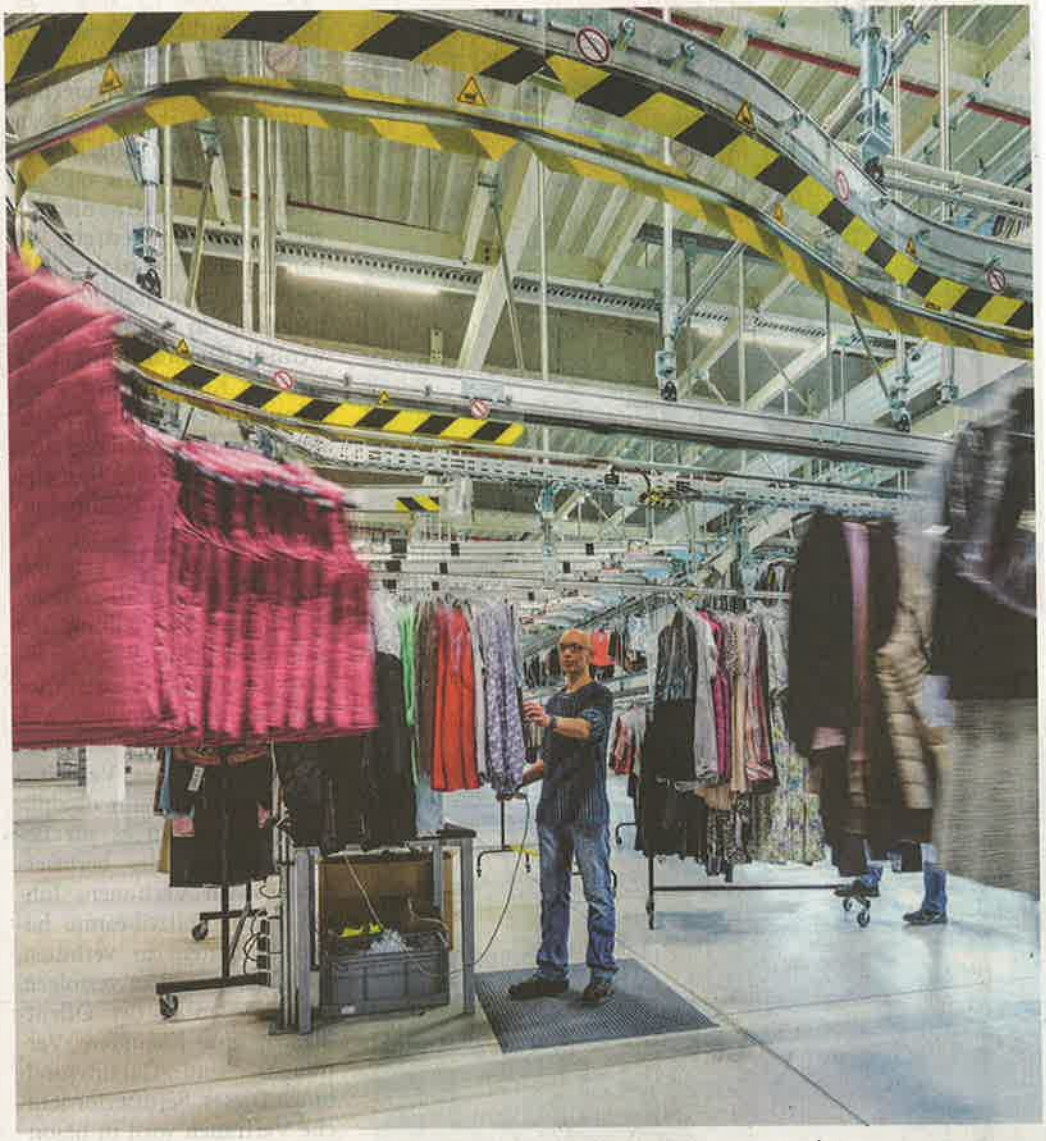
Bielefeld

Neue Westfälische vom 21.03.2019

Belegschaft soll verzichten

Gerry Weber: Vorstand und IG Metall haben sich auf einen neuen Tarifvertrag verständigt. An diesem Freitag befinden die Mitglieder darüber. Derweil stürzt die Aktie weiter ab

Von Nicole Donath



Einblick ins Logistikzentrum: *Die Gerry Weber AG beschäftigt hier etwa 270 Mitarbeiter.* FOTO: GERRY WEBER

■ **Halle.** IG-Metall-Geschäftsführerin Ute Herkströter ist für den Augenblick positiv gestimmt. Am Ende habe man sich in den Verhandlungen mit der Firmenleitung des insolventen Haller Modekonzerns Gerry Weber soweit angenähert, dass jetzt ein „Zukunftstarifvertrag" auf dem Tisch liege. Einzelheiten möchte sie noch nicht nennen, da das Werk erst am späten Freitagnachmittag der Tarifkommission und den Gewerkschaftsmitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werde – ab 16.30 Uhr tagen die Beteiligten in der Haller Firmenzentrale. Aber so viel: Die Einschnitte, die jetzt vereinbart worden seien, fielen geringer aus als die noch im Januar ausgehandelten Zugeständnisse im Sanierungstarifvertrag. War damals geplant, Kosteneinsparungen durch den Verzicht von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie geringere Lohnerhöhungen zu erzielen, geht es in dem neuen Vertrag ab April um Lohnverzicht. Das ist der Moment, da kein Insolvenzgeld mehr gezahlt wird.

„Aktie zum Spielball für Spekulanten verkommen"

„Der Businessplan, der uns am 11. März vorgelegt wurde, beruht meiner Ansicht nach auf realistischen Einschätzungen. Das Unternehmen macht Umsatz, und ich sehe zumindest gute Chancen für die Übernahme durch einen Investor", gibt Ute Herkströter ihre Eindrücke von den Gesprächen mit Vorstand, Insolvenzverwalter und Sachwalter wieder. Dass überhaupt ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt werde, sei mit Blick auf eine mögliche Übernahme des Konzerns derweil von hoher Bedeutung. „Dann haben die Beschäftigten nämlich Ruhe."

Einen anderen Blick hat Jella Benner-Heinacher auf den Konzern. Angesichts des aktuellen Aktienkurses von nur noch 31 Cent erklärt die Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz: „Es ist natürlich nie ein gutes Zeichen, wenn größere Aktionäre wie Axxion jetzt ihre Anteile am Unternehmen von 8,62 auf 4,28 Prozent reduzieren. Da scheint nicht viel Vertrauen zu verbleiben." Mehr noch erhalte die DSW gerade vermehrt Anfragen von sehr spekulativen Anlegern, die überlegten, wieder in die Aktie einzusteigen. „Wir als DSW warnen davor", so Benner-Heinacher. Es sei nach wie vor völlig unklar, ob die Insolvenz in Eigenverwaltung wirklich klappe und es werde sicher noch dauern, bis neue Fakten vorliegen. „Ansonsten ist die Aktie leider zum Spielball für Spekulanten verkommen. Vorsicht ist also geboten", warnt die Juristin.

Nachdem zuletzt Ralf Weber, Ex-Vorstandschef und nun im Aufsichtsrat, mehr als 450.000 Gerry-Weber-Aktien verkaufte und jetzt weniger als drei Prozent Anteile am Modekonzern hält, hat auch Aufsichtsrat Alexander Hardieck 18.662 Aktien veräußert.

Bielefeld

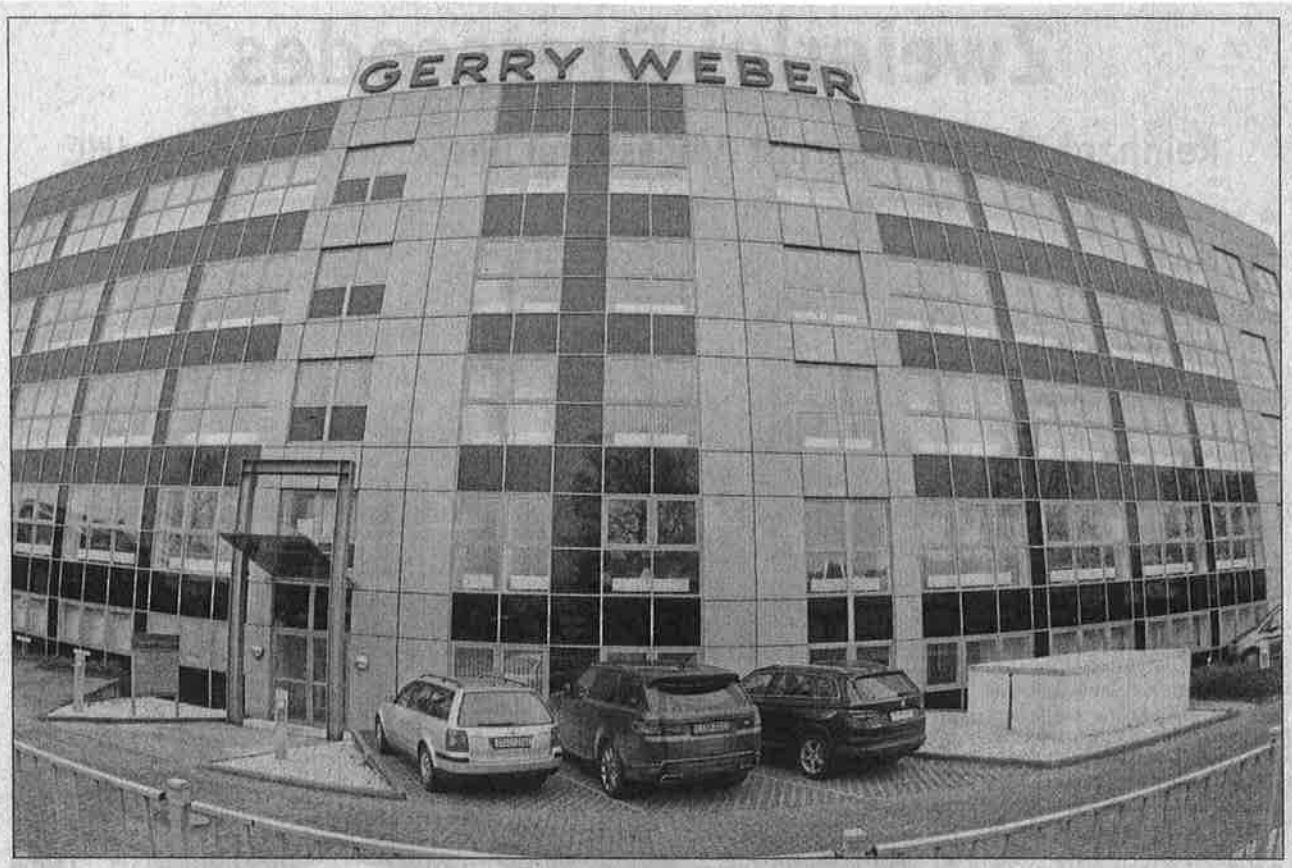
Haller Kreisblatt vom 21.03.2019

Lohnverzicht bei Gerry Weber

■ **Halle** (nic). Die Firmenleitung der insolventen Gerry Weber International AG und Vertreter der IG Metall haben sich auf einen Zukunftstarifvertrag für die Mitarbeiter geeinigt. Details wurden noch nicht bekannt, nur so viel: Die Belegschaft soll ab April, wenn das Insolvenzgeld ausgelaufen ist, auf Lohn verzichten. Allerdings seien die Einschnitte geringfügiger als noch im Anfang Januar ausgehandelten Sanierungstarifvertrag. Freitag stimmen die Gewerkschaftsmitglieder über das Papier ab. Sorge bereitet derweil der Aktienkurs. ➢ *Wirtschaft*

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 27.03.2019



Die Zentrale des Modekonzerns Gerry Weber: Die Lohneinbußen treffen vor allem 600 der 1100 Mitarbeiter am Stammsitz Halle. Foto: Oliver Schwabe

Mitarbeiter verzichten auf Geld

Modekonzern arbeitet an Zukunftsplan – Regelungen für Stellenabbau

Von Oliver Horst

Halle (WB). Der ums Überleben kämpfende Haller Modekonzern Gerry Weber macht bei der Sanierung Fortschritte und arbeitet weiter am Zukunftskonzept. Die Mitarbeiter haben am Freitag Lohneinbußen zugestimmt. Zudem sind jetzt auch Eckpunkte für den geplanten Abbau von bis zu 900 der konzernweit 6500 Stellen festgelegt.

Rund 90 Prozent der Mitglieder der IG Metall in der Belegschaft stimmten dem von Gewerkschaft und Unternehmensspitze ausgehandelten »Zukunftstarifvertrag« zu. Das sagte Ute Herkströter, Geschäftsführerin der IG Metall Bielefeld. Dieser gilt für 600 Mitarbeiter bei der Konzernmutter sowie in der Verwaltung der für die Filialen zuständigen Einzelhandelstochter Retail GmbH, die beide Insolvenz in Eigenverwaltung angemeldet haben. Urlaubs- und Weihnachtsgeld entfallen demnach im laufenden Jahr komplett, 2020 sollen sie zu jeweils 25 Prozent gezahlt werden. Für 2021 ist die Zahlung von 75 Prozent des tariflichen Urlaubsgelds vorgesehen und von 50 Prozent des Weihnachtsgelds sowie weitere 50 Prozent als Bleibeprämie für treue Mitarbeiter. Weitere Ausschüttungen sollen aus zwei Töpfen erfolgen, die bei der Konzernmutter mit 800.000 und bei Retail mit 500.000 Euro gefüllt werden. IG-Metall-Mitglieder erhalten ab April 2020 auch Ausschüttungen aus einem Fonds mit 200.000 Euro.

Die Flächentariferhöhungen 2019 um 2,6 Prozent und 2020 um 2,3 Prozent werden mit dreimonatiger Verzögerung in Kraft treten. Die Einmalzahlung von 340 Euro wird halbiert. Herkströter: »Ab April 2022 gilt wieder der Flächentarif.« Zudem habe die Gewerkschaft zum Jahresende ein Sonderkündigungsrecht, falls die Investorensuche abgebrochen wird.

Etwa 200 Mitarbeiter für das Großhandelsgeschäft in Halle stunden derweil das noch ausstehende Weihnachtsgeld 2018. Den 300 Beschäftigten des Logistikzentrums wird die Sonderzahlung dagegen kurzfristig ausgezahlt.

Zudem haben Betriebsrat und Konzernleitung Eckpunkte zum Stellenabbau vereinbart. Details wollte Betriebsratschef Lutz Bormann noch nicht nennen. Für die Konzernmutter und die Retail GmbH gelten wegen der Insolvenzanträge gesetzliche Höchstgrenzen bei Abfindungen. So dürfen für die betroffenen Mitarbeiter beider Firmen maximal 2,5 Monatsgehälter in einen Topf fließen. Nach WESTFALEN-BLATT-Informationen sieht die Einigung eine niedrigere Quote und eine einstellige Millionensumme vor.

Bormann hofft, dass am Ende deutlich weniger als 900 Stellen wegfallen. Und zwar, weil weniger als die ursprünglich geplanten 230 von rund 1200 Filialen geschlossen werden. »Der Konzern erhält von Vermietern immer wieder Angebote für Mietminderungen. So kommen einige Filialen quasi über Nacht aus der Verlustzone in die schwarzen Zahlen.« Durch die Filialschließungen sollten rund 600 Stellen wegfallen, weitere 300 in der Zentrale und im Logistikzentrum in Halle. Beides kann mit Insolvenzeröffnung schneller erfolgen, weil Miet- und Arbeitsverträge dann mit dreimonatiger Frist gekündigt werden können.

»Alle Beteiligten wollen eine zeitnahe Umsetzung. Die Mitarbeiter haben dann Klarheit und der Konzern kann Investoren ein fertiges Konzept präsentieren«, sagt Bormann. Ein Konzernsprecher bezeichnete die Gespräche mit der Arbeitnehmerseite als »konstruktiv, atmosphärisch gut und von gegenseitigem Respekt geprägt«. Bormann berichtet zudem von großer Loyalität der Mitarbeiter. »Es haben weniger Kollegen von sich aus gekündigt als befürchtet.« Zu der Treue dürfte die Perspektive beitragen, dass es bei Gerry Weber dauerhaft weitergehen könnte. Dem Vernehmen nach läuft das Geschäft – wie auch in der gesamten Modebranche – derzeit gut und deutlich besser als im sehr schwierigen Vorjahr.

Das sorgt für zusätzliche Zuversicht – und dürfte auch Gespräche mit Investoren einfacher machen. Wie berichtet, sucht die Investmentbank Macquarie weltweit nach Käufern oder Geldgebern. Parallel dazu wird an Plan B gearbeitet: Einem Insolvenzplan, der mit einer Reduzierung der Schulden von mehr als 200 Millionen Euro die Basis für einen Neubeginn legen soll. Der als Generalbevollmächtigter tätige Sanierungsexperte Dr. Christian Gerloff spricht von einem »Wettbewerb der Konzepte«. Er erwartet, dass sich die Zukunft des Modekonzerns bis Ende Juni entscheidet.

IG Bielefeld

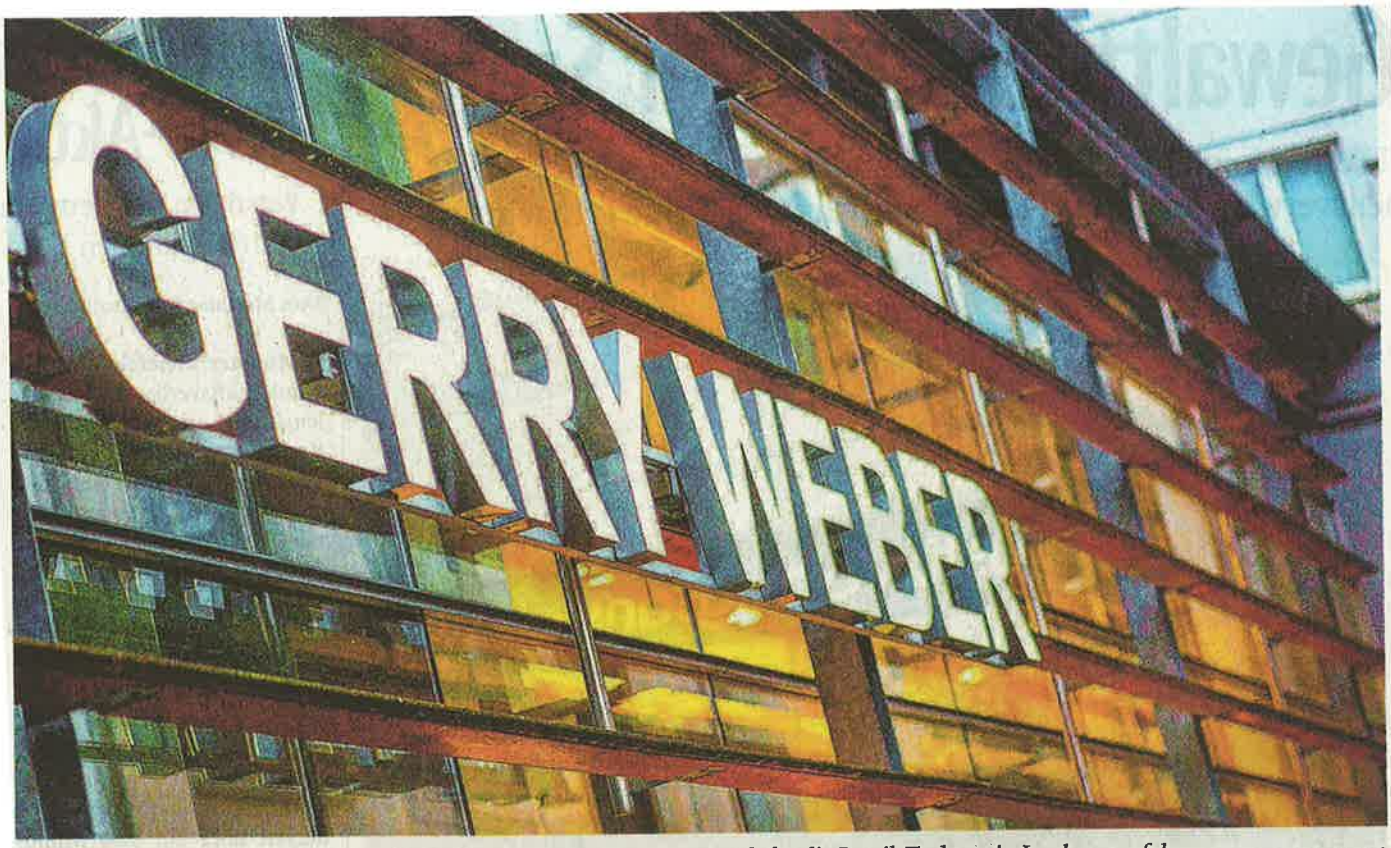
Haller Kreisblatt vom 23.03.2019

Gerry Weber: Neuer Tarif für Belegschaft

■ **Halle** (fr/nic). Die Angestellten der insolventen Gerry Weber International AG bekommen zum 1. April einen neuen Tarifvertrag. Auf einer Versammlung am Freitagnachmittag stimmten die Gewerkschaftsmitglieder für das von Vorstand und IG Metall ausgehandelte Papier. Der Vertrag hat eine Laufzeit von drei Jahren und sieht durchaus Einbußen vor. Unter anderem müssen die rund 600 Beschäftigten am Stammsitz in 2019 auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten, Tariferhöhungen werden mit Verzögerungen gezahlt. Aber auch der Konzern leistet seinen Beitrag. ➢ *Wirtschaft*

Bielefeld

Neue Westfälische vom 23.03.2019



In tiefer Krise: *Gerry Weber – hier das Bielefelder Geschäft – beantragte auch für die Retail-Tochter ein Insolvenzverfahren.* FOTO: KRATO

Der Zukunftstarifvertrag steht

Gerry Weber: Die Gewerkschaftsmitglieder haben die Sparmaßnahmen gebilligt. Damit sind die finanziellen Einbußen für die Mitarbeiter geringer als zunächst geplant

Von Andrea Frühauf

■ **Halle.** Rund 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben den von Vorstand und IG Metall ausgehandelten Zukunftstarifvertrag für den insolventen Modehersteller Gerry Weber befürwortet. „Es gab keine Gegenstimmen", sagte IG-Metall-Geschäftsführerin Ute Herkströter zufrieden nach der Mitgliederversammlung in Halle. Damit seien massivere finanzielle Einbußen, die zuvor der Sanierungstarifvertrag für die rund 600 betroffenen Beschäftigten (AG, Retail Overhead, Lifestyle Fashion) in Halle vorgesehen hatte, abgewendet worden. „Die ursprünglich geplante Arbeitszeitverkürzung ist damit vom Tisch", so die Gewerkschafterin.

Laut dem Zukunftstarifvertrag (bis 31. März 2022) müssen die Beschäftigten 2019 auf ihr Urlaubs- Weihnachtsgeld verzichten, um die Liquidität des Unternehmens zu gewährleisten, wie Herkströter erläutert. Im nächsten Jahr sollen sie 25 Prozent des ihnen zustehenden Betrages bekommen. 2021 haben sie dann Anspruch auf 50 Prozent des Weihnachtsgeldes und 75 Prozent des Urlaubsgeldes. Auch die Tariferhöhungen der Textil- und Bekleidungsindustrie (insgesamt 4,6 Prozent in zwei Stufen) sollen die Betroffenen bekommen, allerdings mit jeweils dreimonatiger Verspätung. Zudem zahlt Gerry Weber insgesamt bis zu 1,3 Millionen Euro als Halteprämie („Insolvenzprämie"). „Der Arbeitgeber hat ein Interesse daran, dass nicht jeder Mitarbeiter kündigt", so Herkströter zur Begründung. Für die Gewerkschaftsmitglieder zahlt der Konzern zudem einen Bonus von 200.000 Euro an eine Stiftung. „Wir schütten das Geld als Erholungsbeihilfe an unsere Mitglieder aus", sagt sie. Die Sanierung des Konzerns kommt nach ihrer Einschätzung voran. Der Vorstand habe bei der Kostenstruktur „gut aufgeräumt". Mit dem Zukunftsvertrag kehre nun Ruhe in die Belegschaft ein. „Das wird die Investorensuche vereinfachen." Es gebe mehrere Interessenten. Ab April solle verhandelt werden. Den neuen Tarifvertrag muss auch der Gläubigerausschuss billigen.

Ausstiegsszenario

- Bis zum Juni, spätestens bis zum Herbst, will der Vorstand einen nötigen Investor gefunden haben.
- Falls am 1. Dezember keine Gespräche mehr geführt werden und kein Investor in Sicht ist, hat die IG Metall das Recht, den Zukunftstarifvertrag mit einer vierwöchigen Frist zu kündigen. Dann gilt nach Angaben der IG Metall wieder der bisherige Flächentarifvertrag für die Beschäftigten.
- „Wir brauchen ja ein Ausstiegsszenario, wenn kein Investor gefunden wird", so Ute Herkströter.

Bielefeld

Haller Kreisblatt vom 26.07.2019

Gerry Weber: Betriebsrat vorsichtig optimistisch

Sanierung: Interessenausgleich und Sozialplan sind im Entwurf ausgehandelt. Details bleiben knifflig

Von Marc Uthmann

Sieht eine Perspektive: *Lutz Bormann.* FOTO: MARC UTHMANN

■ **Halle.** Für Lutz Bormann und sein Team ist es der zweite Anlauf. Schon einmal waren die Bedingungen für einen Stellenabbau vereinbart – doch dann musste das Unternehmen Insolvenz anmelden und die Uhren standen fast wieder auf Null. Jetzt kann der Betriebsratsvorsitzende beim heimischen Modekonzern erneut verkünden: „Wir haben uns mündlich auf ein Eckpunktepapier geeinigt."

Um die Details dieses Paketes ringen jetzt zwar die Juristen auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite. Doch nachdem die Gewerkschaftsmitglieder am vergangenen Freitag bereits den neuen Tarifvertrag mit großer Mehrheit akzeptierten (das *HK* berichtete), scheint es inhaltlich nun auch auf der zweiten Ebene der Sanierung voranzugehen.

50 Mitarbeiter haben selbst gekündigt

Vor der Insolvenzanmeldung hieß es, dass 900 Stellen konzernweit abgebaut werden sollen, davon 300 in Halle. Lutz Bormann glaubt nicht mehr, dass es in diesem Umfang zu Entlassungen kommen wird. „Zum einen haben in den vergangenen Wochen etwa 50 Mitarbeiter von sich aus gekündigt, zum anderen müssen wir hier am Stammsitz in Halle ein schlagkräftiges Team behalten."

Unabhängig davon, wie tief die Einschnitte jetzt noch ausfallen, will der Betriebsrat die Betroffenen möglichst weich auffangen. „Wir wollen eine Transfergesellschaft einrichten, in der die Leute für den Wechsel in einen anderen Job fit gemacht werden", sagt Lutz Bormann und nennt das Beispiel einer früheren Zahnarzthelferin, die mit einem Aufbaukurs wieder in ihren alten Beruf wechseln könne.

Allerdings werden die finanziellen Mittel für diese Maßnahmen nicht mehr so üppig ausfallen, wie beim ersten Sanierungsversuch. „Die damals ausgehandelte Abfindungsquote werden wir nicht erneut erreichen", sagt Bormann. Und auch sie hätte schon deutlich unter den 0,77 Bruttomonatsgehältern je Beschäftigungsjahr gelegen, die beim Stellenabbau 2016 vereinbart worden war.

„Die Insolvenzordnung deckelt den Beitrag des Unternehmens auf 2,5 Monatsgehälter je gekündigtem Beschäftigten", erklärt der Betriebsratsvorsitzende. „Die Mittel werden in einen Topf fließen, aus dem wir dann Maßnahmen finanzieren können." Bormann geht davon aus, dass unter anderem inklusive der Zuschüsse der Agentur für Arbeit „ein einstelliger Millionenbetrag" zur Verfügung stehen werden. Ihn gelte es dann vernünftig einzusetzen. Nicht zuletzt habe auch das Unternehmen ein Interesse daran, dass es wenige Klagen entlassener Mitarbeiter gebe.

Der Betriebsratschef blickt nach dem Schock der Insolvenzanmeldung wieder zuversichtlicher nach vorn: „Das Unternehmen sucht aktiv nach einem Investor, der uns nicht sofort seziert. Und wir brauchen frisches Geld. Zwar laufen die Geschäfte aktuell ganz gut, aber wir benötigen mittelfristig auch Kapital für Kollektionen und Projekte." Banken und Aktionäre kämen für die Finanzspritze eben nicht mehr in Frage.

Das neue Zukunftskonzept bewertet Bormann als schlüssig, „unsere aktuelle Mode ist prima und kaufbar". Dennoch gebe es im Konzern natürlich weiter Angst um die Jobs und die Zukunft. „Erst, wenn alles verhandelt ist, können wir die Mitarbeiter im Detail mitnehmen und dann auch die Unsicherheit vertreiben", sagt der Betriebsratsvorsitzende.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 30.03.2019

Bei Hiro droht ein Streik

Bielefeld (WB/in). Bei dem deutschlandweit führenden Treppenlift-Hersteller Hiro in Bielefeld droht ein Streik. Die Gewerkschaft IG Metall fordert für die etwa 300 Beschäftigten in dem nicht tarifgebundenen Betrieb eine deutliche Lohnerhöhung. Nach Angaben von Pressesprecher Oguz Önal liege das Entgelt bei Hiro durchschnittlich 25 Prozent unter dem Tarifniveau der Branche. Hinzu kämen eine längere Arbeitszeit und kein Weihnachtsgeld.

Die Gewerkschaft verlange seit langem eine schrittweise Anhebung. Die Firmenleitung sei aber nicht gesprächsbereit, obwohl dies 2016 in einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat zugesichert worden sei. Aus diesem Grund sei es bei Hiro bereits zu mehreren Warnstreiks gekommen. Da sie ohne Ergebnis blieben, erwäge die Gewerkschaft in Bielefeld nun einen regulären Streik – den ersten in der Region seit dem Jahr 1978. Die Entscheidung über eine Urabstimmung liege beim Bundesvorstand der IG Metall.

Der Redaktion ist es am Freitag nicht gelungen, eine Stellungnahme der Hiro-Firmenleitung zu erhalten.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 30.03.2019

Nicht genug Geld für die Belegschaft?

IG Metall beklagt: Hiro-Mitarbeiter erhalten 25 Prozent weniger als der Tariflohn – Unbefristeter Streik droht

Von Bernhard Hertlein

Bielefeld (WB). Etwa 170 von 300 Beschäftigten des führenden Treppenlift-Herstellers Hiro haben ihren Arbeitsplatz in Bielefeld. Im Februar wurden sie auf einer Betriebsversammlung darüber informiert, dass ihr Arbeitgeber Partner von Arminia Bielefeld geworden sei und nun eine eigene Loge im Stadion habe.

»Das hat den Kessel zum Überlaufen gebracht«, erklärte jetzt Oguz Önal, Pressesprecher der IG Metall in der Region Bielefeld. Schließlich weigere sich Hiro zur gleichen Zeit, als es Sponsor bei Arminia wurde, die Löhne der Beschäftigten anzuheben. Sie seien inzwischen auf ein Niveau von 25 Prozent unter Tariflohn gesunken. Zudem müssten die Arbeitnehmer bei Hiro länger arbeiten und auf Weihnachtsgeld verzichten.

Angesichts der alternden Gesellschaft in Deutschland steige die Nachfrage nach Treppenliften. Trotzdem investiere Hiro zu wenig. Auf Gesprächsangebote der Gewerkschaft gingen die geschäftsführenden Gesellschafter nicht ernsthaft ein. Dutzende von E-Mails seien einfach unbeantwortet geblieben. Deshalb sei es seit Dezember bereits zu zwei kurzen Warnstreiks gekommen.

Da sich an der Verweigerungshaltung der Firmenleitung nichts ändere, erwäge die IG Metall nun eine Urabstimmung und unbefristeten Streik bei Hiro. Es wäre der erste im Tarifgebiet Bielefeld seit mehr als 40 Jahren. Der Vorschlag werde derzeit vom Bundesvorstand der Gewerkschaft in Frankfurt geprüft. Die Hiro-Firmenleitung war am Freitag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Schon im Dezember forderten Hiro-Mitarbeiter bei einem Warnstreik eine Anhebung ihrer Löhne. Foto: Volker Zeiger/Archiv

Hiro ist 1897 gegründet worden. Unter dem Ingenieur Wilfried Hein spezialisierte sich das Unternehmen ab 1977 auf Seniorenlifte und Behindertenaufzüge. Bei Treppenliften für Gehbehinderte rangiert Hiro im deutschen Markt auf Platz 1. Außerdem produziert die Firma klassische Personenaufzüge sowie sogenannte Homelifte. Letztere sollen sich samt Schacht ohne große bauliche Maßnahmen nachträglich in und an bestehenden Gebäuden installieren lassen.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 30.03.2019

IG Metall droht Lifthersteller mit Streik

Bielefeld. Die IG Metall droht mit einem unbefristeten Streik bei der Firma Hiro Lift. Damit will die Gewerkschaft das Unternehmen dazu bewegen, Tarifgespräche aufzunehmen.

Bei der Firma, nach eigenen Angaben größter Hersteller von Treppenliften in Deutschland, würden die Beschäftigten 25 Prozent weniger Lohn erhalten als branchenüblich, sagt die Gewerkschaft.

„Die Geschäftsleitung geht nicht auf unsere Gesprächsangebote ein", sagt Oguz Önal, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Bielefeld. Nach zwei fruchtlosen Warnstreikaktionen fasst die Gewerkschaft nun eine härtere Gangart ins Auge und erwägt einen unbefristeten Streik. Der Antrag zur Urabstimmung über den Streik liege beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt auf dem Tisch. Dort muss das Vorhaben geprüft und genehmigt werden.

Es wäre der erste unbefristete Streik in der Bielefelder Metallindustrie seit 1978. Hiro Lift kündigte an, in Kürze eine Stellungnahme abzugeben.

Bielefeld

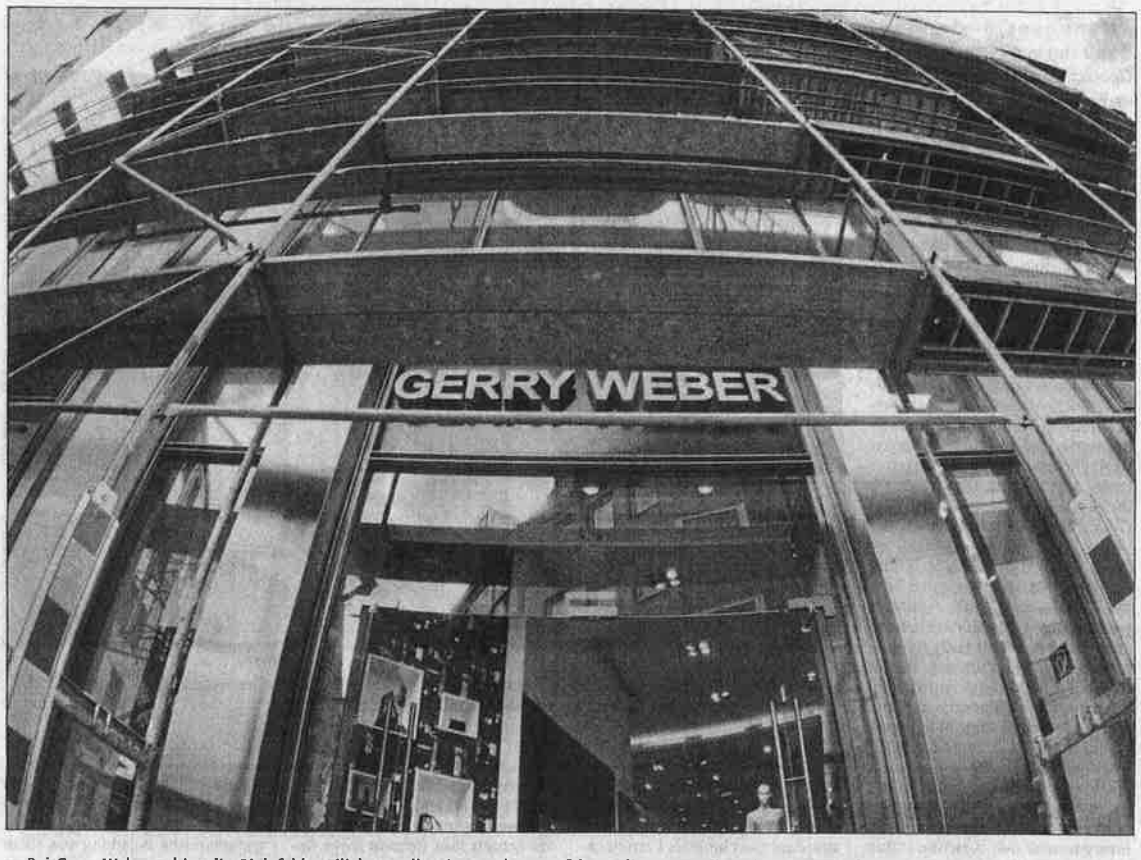
Westfalen-Blatt vom 02.04.2019

Gerry Weber forciert Investorensuche

Insolvenzverfahren eröffnet – bald erste Kündigungen – Verkauf von Logistikzentrum?

Von Oliver Horst

Halle (WB). Der um die Rettung ringende Haller Modekonzern Gerry Weber AG darf seine Sanierung in Eigenverwaltung vorantreiben. Das Amtsgericht Bielefeld eröffnete gestern wie erwartet ein entsprechendes Insolvenzverfahren. Der hochverschuldete Konzern forciert nun die Suche nach einem Investor. Auch ein Verkauf des Logistikzentrums in Halle ist offenbar Teil der Sanierungspläne.



Bei Gerry Weber – hier die Bielefelder Filiale – sollen im Insolvenzverfahren die »Baustellen« im Konzern abgearbeitet werden. Foto: Pierel

Mit der Eröffnung des am 25. Januar beantragten Insolvenzverfahrens für die Konzernmutter rücken der Abbau von bis zu 900 der insgesamt 6500 Stellen und die Schließung von bis zu 230 der rund 1200 Filialen näher. Etwa 50 Mitarbeiter in Halle haben von sich aus das Unternehmen in den vergangenen Wochen verlassen, heißt es. Die ersten betriebsbedingten Kündigungen sollen noch im April ausgesprochen werden, weitere bei der für die Filialen zuständigen Retail-Tochter im Mai, wenn auch für diese das Eigenverwaltungsverfahren eröffnet wird. Auch langlaufende Miet- und Arbeitsverträge können dann gemäß des Insolvenzrechts mit dreimonatiger Sonderkündigungsfrist beendet werden. Eckpunkte für einen Sozialplan und Interessenausgleich, der Abfindungen regelt, sind so gut wie ausgehandelt.

Der Konzern verspricht sich durch das Sparpaket Kostensenkungen von jährlich rund 20 Millionen Euro. Hinzu kommen kurzfristige Einsparungen bei den Personalkosten durch den mit der Gewerkschaft IG Metall ausgehandelten »Zukunftstarifvertrag«. Dieser sieht Einbußen der Tarifbeschäftigten bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie den Flächentariferhöhungen für dieses und die kommenden zwei Jahre vor. Das gesamte Einsparvolumen der Vereinbarung soll bei rund drei Millionen Euro liegen.

Dank dieser Effekte und besser laufender Geschäfte strebt der Konzern die Rückkehr in die Gewinnzone für das Jahr 2021 an. Damit der Plan aufgeht, werden frisches Geld und ein Schuldenschnitt benötigt. Die von der Investmentbank Macquarie weltweit geführte Investorensuche läuft auf Hochtouren, heißt es aus dem Konzern. Es soll mehrere ernsthafte Interessenten geben, die einen Einstieg prüfen. Dem Vernehmen nach handelt es sich dabei ausschließlich um Finanzinvestoren und nicht um Firmen aus der Modebranche. Erste Gespräche mit Interessenten sollen bald stattfinden. Sie sollen dann auch Zugriff auf Unternehmenszahlen erhalten. Einem Konzernsprecher zufolge soll möglichst bis Ende Juni Klarheit herrschen, ob ein Investor zum Zuge kommt oder der Konzern durch einen Insolvenzplan entschuldet werden soll.

Dann wird die Tochter Hallhuber vermutlich nur noch eine kleine Rolle spielen. Die Investmentgesellschaft Robus Capital könnte schon im Mai die für eine Finanzspritze von zehn Millionen Euro im Februar vereinbarte Kaufoption ziehen. Gerry Weber behielte dann nur noch zwölf oder 14 Prozent am erst 2015 übernommenen Münchner Unternehmen.

Derweil wird im Konzernumfeld spekuliert, ob Unternehmensgründer Gerhard Weber (77) und sein Sohn Ralf (55), der im Herbst als Vorstandschef abgelöst wurde, in den Investorenprozess eingreifen. Ralf Weber hat seit Februar drei Viertel seiner Aktien, die fast vier Prozent der Konzern-Anteile bedeuteten, außerbörslich verkauft. Die Familie beschafft sich zudem durch Immobilienverkäufe Geld. Ziel der Familie dürfte es sein, das fast 30 Prozent große Aktienpaket von Gerhard Weber zu sichern. Den Aktionären droht im Falle einer Übernahme durch einen Investor im schlechtesten Fall der Totalverlust. Denn das operative Geschäft könnte auf eine andere Gesellschaft übertragen werden – die Aktiengesellschaft wäre dann eine leere Hülle.

Um Kosten zu sparen und weniger strengen Berichtspflichten wie der Veröffentlichung von Quartalszahlen zu unterliegen, hat der Konzern gestern einen Wechsel des Börsensegments beantragt – vom Prime in den General Standard. Der luxemburgische Investmentfonds Axxion hat derweil weitere Anteile des Konzerns verkauft und hält nach einst 8,62 Prozent nur noch 2,09 Prozent.

Nach WESTFALEN-BLATT-Informationen plant der Konzern auch den Verkauf seines 2015 in Betrieb genommenen Logistikzentrums mit 300 Mitarbeitern an der Autobahn 33 in Halle. Das 90 Millionen Euro teure Projekt gilt als überdimensioniert. Der Konzern will stattdessen die Logistik offenbar wieder externen Dienstleistern übertragen und Millionen einsparen. Fraglich scheint, ob sich ein Käufer findet, der einen akzeptablen Preis zahlt. Der Konzernsprecher dementierte gestern konkrete Verkaufspläne.

Für das 90 Millionen Euro teure, 2015 in Betrieb genommene Logistikzentrum in Halle wird offenbar ein Käufer gesucht. Foto: Küppers

Aufsichtsratsvorsitzender legt Amt nieder

Der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der Gerry Weber AG, Ernst F. Schröder (72), legt sein Amt Mitte April nieder. Das wurde dem WESTFALEN-BLATT aus Konzernkreisen bestätigt. Der frühere Finanzchef der Bielefelder Oetker-Gruppe führte das Kontrollgremium des Haller Modekonzerns seit mehr als zehn Jahren. Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung verliert der Aufsichtsrat nochmals an Bedeutung. Die Entscheidungsgewalt liegt vielmehr beim gerichtlich bestellten Sachwalter und den Gläubigern. Bis auf Weiteres soll kein Nachfolger gewählt und sollen auch keine weiteren Sitzungen des Aufsichtsrates anberaumt werden.

Westfalen-Blatt
vom 01.04.2019

Bielefeld

Junge Familienväter wollen mehr Freizeit

IG Metall-Bezirk: Schon 2300 Anträge in 35 Betrieben entscheiden sich für Zeit statt Geld

Von Michael Diekmann

Bielefeld (WB). Der neue Sekretär ist ein echter Metaller. »Er hat Stallgeruch. Und das ist gut für unsere Arbeit an der Basis«, sagt der Zweite Bevollmächtigte Oguz Önal über den neuen Gewerkschaftssekretär in der Eisenhütte. Jens Engelbrecht (46) ist seit vier Wochen im Team der Ersten Bevollmächtigten Ute Herkströter, kümmert sich speziell um Fragen des Rechtsschutzes und betreut Betriebsräte im Bezirk Bielefeld und Altkreis Halle. »Es ist ein großer Schritt für mich«, bekennt Engelbrecht, der seit vielen Jahren ehrenamtlich Gewerkschafter war, jetzt aber hauptamtlich arbeitet.

Engelbrecht, 1972 in Brackwede geboren, war vor seiner Wahl seit 2012 freigestellter Betriebsratsvorsitzender bei Koyo in Halle gewesen. Gelernt hatte er bei Dürkopp Adler den Beruf des Energieelektronikers, wechselte dann aber zu FAG Kugelfischer, wie Koyo damals hieß.

Als Betriebsrat war Engelbrecht seit 1998 tätig. Und steht damit in bester Familientradition. Sein Vater war bereits Betriebsrat bei Dürkopp Adler, der Großvater Gewerkschafter vor dem Krieg gewesen. »Ausspielen« möchte Jens Engelbrecht in seiner neuen Position ein Stück weit bei seiner Ansprache in Betrieben seinen Heimvorteil. Viele Betriebsräte, mit denen er zu tun hat, habe er selbst geschult, erzählt er: »Das erleichtert vielleicht die Ansprache.« Engelbrecht engagiert sich in Arbeitskreisen, in der Tarifpolitik, aber auch als Arbeitsrichter und ist Mitglied der NRW-Tarifkommission.

Mit der Mitgliederentwickelung ist die IG Metall in Bielefeld laut Ute Herkströter durchaus zufrieden. Tagesaktuell 16.643 Männer und Frauen sind gelistet, neben dem klassischen Metallsektor in den Bereichen Textil-Bekleidung und Holz-Kunststoff. Wichtig ist für Herkströter, dass sich der Stamm der sogenannten Betriebsangehörigen stets um 11.000 bewegt, die aktiv im Arbeitsleben stehen. Bei denen, berichtet Ute Herkströter, ist auch das in der letzten Tarifrunde ausgehandelte Angebot auf zusätzliche Freizeit enorm nachgefragt. Allein in Bielefeld hat es bereits 2300 Anträge in 35 Betrieben gegeben. Gut 90 Prozent davon wurden positiv entschieden. Im Mittelpunkt stehen zusätzliche acht freie Tage. Der Großteil der Anträge kommt laut Herkströter aus dem Bereich der Schichtarbeiter, nur ein gutes Viertel begründet den Antrag mit der Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen.

Jetzt als Trio im Einsatz für die IG Metall (von links): Oguz Önal, Jens Engelbrecht und Ute Herkströter. Foto: Michael Diekmann

Ausgehandelt hatte die Gewerkschaft, dass es ab 2019 neben einem Festbetrag von 400 Euro zusätzlich die Möglichkeit gibt, entweder 27,5 Prozent vom Monatsentgelt einmal pro Jahr zusätzlich zu bekommen, oder eben acht freie Tage, von denen zwei Arbeitstage der Arbeitgeber beisteuert. Möglich ist zudem auch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für zwei Jahre auf 28 Stunden. Einzelne Betriebe haben laut Herkströter vor dem Hintergrund der sich abschwächenden Konjunktur die Anspruchsberechtigung sogar schon erweitert. Herkströter: »Bis auf ganz wenige Ausnahmen hat das neue Konzept in allen Betrieben sehr gut geklappt. Bei jungen Familienvätern kommt die Möglichkeit besonders gut an, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können in einer spannenden Lebensphase.«

1000 010 1

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 05.04.2019

Hiro: IG Metall übt Kritik

Bielefeld (WB). Tarifverhandlungen gibt es noch nicht zwischen der Unternehmensleitung von Hiro Lift und dem Betriebsrat. Dafür wurde nach dem Eintreffen eines Gewerkschaftssekretärs zu Beratungsterminen mit dem Betriebsrat die Polizei gerufen. »Empörend«, sagt die IG Metall.

Seit zwei Jahren schwelt bei Hiro Lift der Tarifkonflikt. Nach letzten Warnstreiks waren von Geschäftsführer Constantin Hein Verhandlungen zugesagt worden, betont die IG Metall. Einen Termin gebe es bislang aber nicht.

Dafür, so die IG Metall, wurde Gewerkschaftssekretär Oguz Önal am 20. und 26. März, als er das Firmengelände wegen eines Gesprächs mit dem Betriebsrat betreten wollte, von einem Sicherheitsdienst daran gehindert. Am 29. März und 3. April, als es erneut Gespräche geben sollte, wurde die Polizei gerufen. »Sicherheitsdienste und Polizei ersetzen keine Tarifverhandlungen«, kritisiert Önal. Er hofft weiter auf eine Lösung im Tarifkonflikt.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 06.04.2019

Die Zukunft ist ungewiss: *Die Zentrale der Gerry Weber AG in Halle.* FOTO: NICOLE DONATH

Einigung mit Mitarbeitern steht

Gerry Weber: Belegschaft muss in diesem Jahr auf Sonderzahlungen verzichten. In Deutschland werden 454 Stellen gestrichen

Von Martin Krause und Stefan Schelp

■ **Halle.** Der im Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung steckende Modekonzern Gerry Weber will im Inland 454 Vollzeitarbeitsplätze streichen und 120 Stores und Verkaufsflächen aufgeben. Auf diese Eckpunkte habe das Unternehmen sich mit den Arbeitnehmervertretern im Rahmen eines „Tarifvertrages zur Zukunftssicherung" geeinigt, teilte die Gerry Weber International AG (weltweit knapp 6.500 Mitarbeiter) mit.

Zugleich seien Interessenausgleich und Sozialplan zur Umsetzung der Maßnahmen vereinbart worden, teilte der Konzern mit. Der Vorstand sieht damit einen „Meilenstein bei der laufenden Restrukturierung und Neupositionierung" des Unternehmens erreicht. Vorstandschef Johannes Ehling spricht von „leider unverzichtbaren Sanierungsmaßnahmen" und nutzte die Mitteilung, um etwas Optimismus zu verbreiten: „Wir spüren, dass wir aufgrund der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Neupositionierung insbesondere im Retail Rückenwind im Markt erhalten."

Rückkehr in Flächentarif für 2022 geplant

Dieser Rückenwind werde jetzt „sicherlich" verstärkt. Ähnlich äußerte sich Sanierungsvorstand Florian Frank: „Wir sind zuversichtlich, dass wir Gerry Weber auf dieser Grundlage zurück in die Erfolgsspur führen können."

Die Zahl von 120 Filial- und Flächenschließungen bezieht sich nur auf Deutschland. Der ursprüngliche Sanierungsplan, der europaweit die Schließung von insgesamt 180 Verkaufsflächen und den Abbau von rund 900 Stellen vorsieht, werde weiter verfolgt.

Der Tarifvertrag zur Zukunftssicherung terminiert die Rückkehr in den Flächentarifvertrag auf den 1. April 2022. Im laufenden Geschäftsjahr sollen Weihnachts- und Urlaubsgeld komplett entfallen. Ab 2020 ist demnach die sukzessive Wiederaufnahme von Jahressonderzahlungen und Urlaubsgeld vorgesehen. Flächentariferhöhungen sollen 2019 und 2020 jeweils erst mit dreimonatiger Verzögerung angewendet werden.

„Die Einigung mit den Arbeitnehmervertretern bietet Gläubigern und potenziellen Investoren (...) erhebliche Planungssicherheit", lobte Gerry Webers Generalbevollmächtigter Christian Gerloff die Einigung. Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes sei bis in das Jahr 2020 hinein gesichert, betonte das Unternehmen erneut.

Der für das Insolvenzverfahren als Sachwalter eingesetzte Rechtsanwalt Stefan Meyer aus Lübbecke erklärte, die Gerry-Weber-Gruppe befinde sich „auf einem guten Weg, um die angestrebten Sanierungsziele zu erreichen."

Bielefeld

Haller Kreisblatt vom 06.04.2019

Gerry Weber: Einigung über Tarifvertrag

Halle (maut). Die Suche nach einem Investor geht weiter, aber auf dem Weg in eine stabilere Zukunft haben die Verantwortlichen des Modekonzerns Gerry Weber jetzt das erste Etappenziel erreicht. Nachdem das Insolvenzverfahren am 1. April eröffnet wurde, hat sich das Unternehmen mit der Gewerkschaft IG Metall und dem Betriebsrat auf einen Tarifvertrag zur Zukunftssicherung sowie den betrieblichen Interessenausgleich und einen Sozialplan geeinigt. Demnach müssen die Mitarbeiter Einschnitte verkraften. 454 Arbeitsplätze werden in Deutschland gestrichen, davon 145 in der Verwaltung und 309 in den Filialen – 120 weitere Läden im Inland werden geschlossen. Im laufenden Geschäftsjahr entfallen Jahressonderzahlungen und Urlaubsgeld, ab 2020 sollen sie „sukzessive" wieder aufgenommen werden, heißt es in einer Mitteilung des Konzerns. Die Flächentariferhöhungen für 2019 und 2020 werden mit je dreimonatiger Verzögerung übernommen, die Rückkehr zum Flächentarifvertrag ist ab April 2022 geplant.

➢ *Wirtschaft*

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 09.04.2019

Gerry Weber lobt Prämien aus

In der Haller Zentrale fallen 140 Stellen weg – Aktie macht Kurssprung

Von Oliver Horst

Halle (WB). Um den angekündigten Stellenabbau beim ums Überleben kämpfenden Haller Modekonzern Gerry Weber möglichst reibungslos abzuwickeln, wird es für betroffene Mitarbeiter Halte- und Wechselprämien geben. Das sagte gestern Betriebsratschef Lutz Bormann.

Konzernweit fallen, wie Samstag berichtet, 454 Vollzeitstellen weg – in Halle etwa 130. Weil vor allem in den bundesweit 120 von 450 Filialen, die zwischen September und Jahresende geschlossen werden sollen, viele Teilzeitkräfte beschäftigt sind, liegt die Zahl der betroffenen Mitarbeiter insgesamt bei rund 750. In der Zentrale in Halle verlieren etwa 140 von 800 Mitarbeitern ihren Job. Sie sollen bis zu 1300 Euro erhalten, wenn sie umgehend in Transfergesellschaften wechseln. Wer diese vor der Maximallaufzeit von sechs Monaten verlässt, soll mit einer Turboprämie belohnt werden. Bei den Abfindungen beeinflussen Aspekte wie Betriebszugehörigkeit und weitere Sozialpunkte die genaue Höhe.

Betriebsratschef Lutz Bormann

Beim Filialpersonal werde es Anreizprämien geben, um Mitarbeiter bis zur Schließung zu halten und Ware vernünftig abzuverkaufen, sagt Bormann.

Derweil führt der Konzern weitere Gespräche mit potentiellen Investoren. Interessenten sollen Kaufangebote bis Ostern abgeben. Die Gerry-Weber-Aktie stieg gestern im Xetra-Handel um 37 Prozent auf 55 Cent. Anlegern droht wegen der Insolvenz aber im schlechtesten Fall der Totalverlust.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 10.04.2019

DGB plädiert für Extraurlaub für Mitglieder

■ **Saarbrücken** (epd). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) macht sich für Bonusregelungen nur für seine Mitglieder stark, um die Attraktivität von Gewerkschaften zu steigern. „Bei Firmentarifverträgen geht das schon, zum Beispiel Einmalzahlungen oder extra Urlaub", sagte Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Für die Fläche fehle dazu jedoch noch eine rechtliche Grundlage. „Wir müssen das Tarifvertragsgesetz auch in Zukunft mit Leben füllen", betonte er anlässlich des 70. Jubiläums des Tarifvertragsgesetzes am 9. April. So werde der soziale Zusammenhalt gestärkt, betonte der Gewerkschafter.

Zugleich beklagte Körzell die rückläufige Tarifbindung. Immer mehr Arbeitgeber würden keine Tarifverträge mehr abschließen. Bei der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder habe es zwar Rückgänge gegeben, räumte Körzell ein. Mittlerweile stiegen die Mitgliederzahlen aber wieder leicht an. „Gute Tarifverträge gibt es nur dort, wo es viele Gewerkschaftsmitglieder gibt", betonte er. Mittlerweile sind nach einer Auswertung des WSI-Tarifarchivs der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung nur noch 55 Prozent der Beschäftigten und 27 Prozent der Betriebe tarifgebunden.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 10.04.2019

»36.000 Jobs in OWL bedroht«

Digitalisierung, Energiewende: IG Metall warnt vor industriellem Wand

Von Paul Edgar Fels

Bielefeld (WB). Unsere Arbeitswelt befindet sich in einem rasanten Umbruch – mit noch nicht bekannten Folgen. Die Gewerkschaft schlägt Alarm: Das Fortschreiten der Digitalisierung sowie die Mobilitäts- und Energiewende könnten »im schlimmsten Fall« allein in OWL in den nächsten zehn Jahren rund 36.000 Jobs wegfallen.

Eisengießereien benötigen viel Strom. Für neue Konzepte werben (von links) Ute Herkströter, Wolfgang Nettelstroth (beide IG Metall) und Sebastian Reinz. Fotos: Fels, dpa

Die Gewerkschaft sei sich bewusst, dass natürlich auch neue Jobs entstehen, sagte gestern Wolfgang Nettelstroth von der IG Metall NRW. »Das Risiko ist aber, dass viele Arbeitnehmer den Sprung in die neue Arbeitswelt nicht schaffen.« Daher müssten in den Betrieben Qualifizierungen erfolgen. Eine Umfrage dazu läuft. In NRW seien sogar 200.000 Arbeitsplätze gefährdet, warnt Nettelstroth zum Auftakt der bundesweiten Initiative »#Fairwandel – Transformation gestalten«. Für Samstag, 29. Juni, ist eine zentrale Kundgebung in Berlin geplant.

»Die Veränderungen am Arbeitsmarkt sprengen alle bisher bekannten Dimensionen«, sagt der Gewerkschafter weiter. »Ob Stahl, Energieanlagenbau, Maschinenbau oder Automobilindustrie: Kaum eine Branche ist davon nicht berührt.«

Die Digitalisierung sowie die Künstliche Intelligenz würden zum Wegfall vieler Tätigkeiten und »ganzer Berufe« führen. »Es gibt Menschen, die denken, das wird sie nicht treffen. Die Wahrheit ist: Es betrifft uns alle.« Nicht nur der Gabelstaplerfahrer könnte seinen Job verlieren, sondern auch die Bürokraft, weil dort etwa Softwareprogramme die Buchhaltungstätigkeiten erledigen. Beispiel Mobilität: Der Trend zu E-Autos dürfte ebenfalls viele Arbeitsabläufe grundlegend verändern. Während für einen konventionellen Verbrennungsmotor 1400 Teile verbaut würden, sind es bei einem Elektromotor gerade einmal 200 Teile, sagt Nettelstroth. Eine Gefahr sei aber auch die Energiewende. Gerade energieintensive Betriebe litten unter den steigenden Stromkosten. Die als Stiftung geführte Eisengießerei Baumgarte (235 Beschäftigte plus 50 Leiharbeiter) in Bielefeld hat zwar 2018 mit knapp 50 Millionen Euro einen Rekordumsatz erzielt. »Der Gewinn hat sich aber innerhalb von vier Jahren halbiert«, sagt Betriebsratschef Sebastian Reinz. Er beklagt die hohen Netzentgelte, die in diesem Zeitraum um 80 Prozent gestiegen seien. »Die Netzentgelte sind inzwischen genauso hoch wie unser Gewinn.« Anders ausgedrückt: Der Anteil der Stromkosten am Umsatz sei binnen eines Jahres von 7,9 auf 11,5 Prozent stiegen. Es sei nicht immer leic die höheren Preise an die Kunc aus dem Maschinenbau weiter geben. Reinz: »Wir haben sch viele Kunden an das Ausland v loren, an China und die Türkei

Für die IG Metall ist es höch Zeit zu reagieren und sich Unternehmen und Politik zu w den. »Wir wollen den Wandel n bestimmen – in Betrieben und sellschaft«, sagt Ute Herkströ die Erste Bevollmächtigte der Metall Bielefeld.

IG Metall Bielefeld

Neue Westfälische vom 12.04.2019

Sorgenvoll: *Ute Herkströter und Wolfgang Nettelstroth von der IG Metall sowie Sebastian Reinz (r.) aus dem Betriebsrat der Eisengießerei Baumgarte.* FOTO: SARAH JONEK

36.000 Arbeitsplätze in OWL gefährdet

IG Metall: Die Industriegewerkschaft warnt vor den Folgen von Energiewende und Digitalisierung. Ihre Kritik: Unternehmen und Politik seien unvorbereitet auf den Wandel der Berufsfelder

Von Jan Ahlers

■ **Bielefeld.** Umbrüche sind für die Industrie alles andere als ungewöhnlich: die industrielle Revolution, die Nutzung von Elektrizität und Motoren zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts, die Automatisierung ab den 1970er-Jahren. Nun ist die Unsicherheit in der Arbeiterschaft erneut groß: Die fortschreitende Digitalisierung sowie die damit verbundene Mobilitäts- und Energiewende könnte 36.000 Arbeitsplätze in OWL gefährden, warnt die IG Metall.

Zu einer Kundgebung in Berlin sollen am 29. Juni mehrere Zehntausend Gewerkschaftsmitglieder nach Berlin kommen, um auf eine soziale und ökologische Transformation aufmerksam zu machen. „Drei absolute Megathemen", so beschreibt es Wolfgang Nettelstroth als Bezirksleiter in der IG Metall NRW, werden bald deutlich auf den Arbeitsmarkt einwirken.

ENERGIEWENDE

Strom wird ökologischer, aber auch von Jahr zu Jahr teurer – das merken speziell sogenannte energieintensive Betriebe. So haben etwa zahlreiche Unternehmen der verarbeitenden Industrie in der Region mit deutlich steigenden Entgelten für die Nutzung von Stromnetzen zu kämpfen. „Unsere Abgabe für das Entgelt ist so hoch wie der Gewinn", klagt etwa Sebastian Reinz vom Betriebsrat der Bielefelder Eisengießerei Baumgarte. „Wenn die Kunden diese Erhöhungen nicht mittragen, ist das Unternehmen bald nicht mehr rentabel." Die IG Metall fordert von der Politik daher Investitionen in neue Kraftwerkstechnik. Erneuerbare Energien seien wichtig, „aber wir müssen sie auch speichern können", sagt Nettelstroth. Im schlimmsten Fall fielen laut IG Metall in Nordrhein-Westfalen bis 2025 rund 60.000 Arbeitsplätze aufgrund der Energiewende weg.

MOBILITÄTSWENDE

Im Rahmen der Mobilitätswende stehen weitere 22.000 Arbeitsplätze in der nordrhein-westfälischen Automobil- und Zuliefererindustrie auf der Kippe, falls ein extremes Szenario eintritt. Als Beispiel führt Nettelstroth die weniger komplexe Montage von Elektromobilen an: Rund 1.400 Teile würden bei einem Auto mit klassischem Verbrennungsmotor montiert, ein Elektroauto benötige nur noch 200 Teile. „E-Scooter werden sogar schon vollautomatisch zusammengebaut", sagt der Gewerkschafter. Er fordert, dass nun zumindest die für den Elektroantrieb benötigten Batterien in Deutschland gefertigt werden. „Das darf nicht ausschließlich nach China verlagert werden."

DIGITALWENDE

Auch die fortschreitende Automatisierung macht Arbeitnehmern Sorgen: Dadurch könnten bis zu 100.000 Stellen wegfallen. „Die Unternehmen schulen ihre Mitarbeiter nicht ausreichend weiter", kritisiert Nettelstroth. Und auch Ausbildungsstätten, etwa Berufsschulen, hätten es oft verpasst, auf neue Berufsbilder vorzubereiten. Der Angst und Unsicherheit hält die IG Metall unter anderem mit einer sogenannten Betriebslandkarte entgegen, in der für jede Abteilung eines Unternehmens genau aufgeschlüsselt werden kann, ob und wie sich durch Industrie 4.0 Beschäftigungszahl und Arbeitslast verändern. Diese „Landkarte" soll ein Bewusstsein dafür schaffen, wie sich die Digitalisierung auf die industrielle Branche auswirkt. „Es wird allerhöchste Zeit dafür", sagt IG-Metall-Bevollmächtigte Ute Herkströter. „Wenn wir uns jetzt nicht einklinken, ist es zu spät."

➢ *Meinungsbörse*

Welche Berufe aufleben und welche aussterben

◆ Die IHK München hat in einer Studie erforscht, welche Berufsbilder in Deutschland bis 2030 an Wichtigkeit gewinnen und wo deutlich weniger Fachkräfte benötigt werden.

◆ Deutlich steigen wird die Nachfrage nicht nur im sozialpflegerischen Bereich (plus 39 Prozent), sondern auch bei Datenexperten (25 Prozent), Wirtschaftsprüfern (22 Prozent) und Ingenieuren (19 Prozent).

◆ Weniger gebraucht werden hierzulande dann Maurer (minus 39 Prozent), Installateure (17 Prozent), Bankkaufleute (16 Prozent) und Schlosser (14 Prozent).

◆ Ob die gesamte Beschäftigtenquote bis 2030 steigen oder sinken wird, lässt die Studie offen. Der Korridor soll zwischen plus und minus fünf Prozent liegen.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 27.04.2019

Hoffen auf viele Teilnehmer und wollen ein deutliches Zeichen für Europa setzen: (von links) Martina Schu, Dirk Toepper, DGB-Gewerkschaftssekretär Werner Kellas, Feride Ciftci, Hauke Kuster, Anke Unger und Ute Herkströter, 1. Bevollmächtigte der IG Metall. Foto: Schulze

Maikundgebung mit Laschet

Gewerkschaften wollen Zeichen für ein soziales Europa setzen

Von Sabine Schulze

Bielefeld (WB). Über prominente Redner zum 1. Mai sich freut sich der Deutsche Gewerkschaftsbund OWL: Da die landesweite Veranstaltung zum »Tag der Arbeit« in Bielefeld stattfindet, haben sich NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und die Vorsitzende des DGB NRW, Anja Weber, angekündigt. Um vor den Europawahlen ein Zeichen zu setzen, lautet das diesjährige Motto »Europa. Jetzt aber richtig!«

Das vergangene Jahr, resümiert DGB-Regionsgeschäftsführerin Anke Unger, sei für die Gewerkschaften insgesamt erfolgreich gewesen: Die Tarifabschlüsse waren gut, zudem konnte erstmals wieder über Zeit verhandelt werden. Zudem gebe es durchaus Punkte, an denen Europa weit sei: etwa beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz, bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen oder dem Mutterschutz. »Aber Europa muss auch noch sozialer werden: Wir brauchen mehr Tarifbindung und einen armutsfreien Mindestlohn in allen EU-Staaten.« Der Mindestlohn schwankt gewaltig: In Luxemburg beträgt er 11,55 Euro pro Stunde, in Bulgarien 1,57 Euro. »Er sollte der wirtschaftlichen und sozialen Situation eines Landes angepasst sein«, sagt Unger.

Ebenso eine Forderung: eine europa-einheitliche Steuer für Unternehmen. »Körperschafts- und Unternehmenssteuern sind sehr unterschiedlich, das führt zu einer harten Konkurrenz untereinander.« Starbucks, Ikea und Apple hätten ihren Stammsitz gerne in Ländern mit maximal 15 Prozent Unternehmenssteuern. Irland und Zypern rufen aktuell 12,5 Prozent auf.

Martina Schu, Bezirks-Geschäftsführerin der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, möchte die Arbeitsbedingungen im europäischen Raum diskutieren. »Europa soll nicht nur ein Wirtschaftsraum sein, sondern auch ein soziales Europa.« Eine zentrale Forderung von Verdi angesichts einer Neigung zur Tarifflucht: die Allgemeinverbindlichkeit.

Die hat die IG BAU bei der Mindestlohnerhöhung im Baugewerbe erreicht. 12,20 Euro bekommen Ungelernte, 15,20 Euro gelernte Kräfte – auch in Unternehmen ohne Tarifvertrag. Allerdings beklagt Hauke Kuster, Gewerkschaftssekretär der IG BAU, dass es zunehmend schwierig sei, Arbeitgeber überhaupt an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Anliegen hat auch die Gewerkschaftsjugend: Feride Ciftci, DGB-Jugendbildungsreferentin, nennt als ein Beispiel die Mobilität. »Wir haben ab August das Azubi-Ticket. Allerdings sind die ÖPNV-Strukturen im ländlichen Raum oft schlecht. Es braucht eine engere Taktung und eine Ausweitung des Schienennetzes.« Ebenso wollen die jungen Gewerkschafter die Novellierung des Hochschulgesetzes zum Thema machen, etwa die Studienverlaufsvereinbarung, Anwesenheitspflichten und die Abschaffung der Hilfskräfte-Vertretung.

Der DGB, der in Bielefeld knapp 26.600 Mitglieder zählt, hofft am 1. Mai auf starke Resonanz. Im vergangenen Jahr haben etwa 3000 an der Kundgebung teilgenommen. Sie beginnt um 10.30 Uhr mit einer Demonstration am DGB-Haus in der Marktstraße. Von dort geht es in den Ravensberger Par zur Veranstaltung mit Weber, Laschet und Oberbürgermeister Pit Clausen.

»Drumherum« gibt es ein Kulturprogramm und ein Familienfest mit Musik, Info- und Aktionsständen.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 30.04.2019

KOMMENTARE

Immer mehr Unternehmen flüchten aus dem Tarif

Tarifpartner müssen flexibler werden

Carolin Nieder-Entgelmeier

Die Lohnungleichheit in Deutschland wächst. Die Kluft zwischen armen und reichen Arbeitnehmern hat vor allem einen Grund – die sinkende Tarifbindung. Denn wenn sich Unternehmen aus dem Tarif verabschieden, verschlechtern sich in der Regel auch die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Gewerkschaften und Regierung arbeiten deshalb an Plänen, um Arbeitgeber künftig noch häufiger durch gesetzlichen Zwang an Tarifverträge zu binden. Allgemeinverbindlich erklärte Tarife würden dann dafür sorgen, dass auch Beschäftigte profitieren, die in nicht tarifgebundenen Unternehmen arbeiten.

Doch der Ruf nach dem Staat ist gefährlich. Die Tarifpolitik ohne staatliche Eingriffe ist eine Grundsäule der sozialen Marktwirtschaft. Die Zusammenarbeit der Tarifpartner ohne staatlichen Einfluss ist wichtig für den Erfolg von Unternehmen und die Verbesserung von Arbeitnehmerrechten. Und die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie sorgt dafür, dass passgenaue Lösungen für Branchen und Betriebe entwickelt werden können, die mit allgemeinverbindlich erklärten Tarifen nicht umzusetzen sind. Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter müssen deshalb mehr dafür tun, um die Tarifflucht aufzuhalten. Es geht schließlich auch um ihre eigene Zukunft.

Arbeitgeber müssen sich klar machen, dass die Kostenvorteile, die sie sich aus der Tarifflucht versprechen, trügerisch sein können. Denn insgesamt profitieren alle Unternehmen von der Tarifbindung. Zum einen herrscht während der Vertragslaufzeit die Friedenspflicht, die Unternehmen vor Streiks und damit verbunden Ausfällen schützt. Zum anderen müssen Unternehmen nicht jeden Arbeitsvertrag einzeln aushandeln, auch das spart Geld. Zudem zählt zur unternehmerischen Verantwortung auch eine faire Bezahlung, die Tarife sichern.

Gewerkschaften müssen berücksichtigen, dass nicht so gut aufgestellte Unternehmen Lohnsteigerungen und andere Extras oft nicht aufbringen können. Deshalb müssen Ausnahmen in Tarifverträgen leichter umgesetzt werden können und wirtschaftliche Entwicklungen mehr beachtet werden.

Beide Tarifpartner müssen mit Flexibilität auf die Tarifflucht reagieren, um zu verhindern, dass die Lohnungleichheit weiter wächst.

carolin.nieder-entgelmeier@ihr-kommentar.de

Titelseite

Bielefeld

Neue Westfälische vom 30.04.2019

Tarifverträge nur noch in jedem vierten Unternehmen

Trend: Nur noch für 55 Prozent der Arbeitnehmer gelten Tarifverträge. Gewerkschaften fordern allgemeinverbindliche Lösungen, Arbeitgeber lehnen staatlichen Einfluss ab

Von Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Bielefeld/Berlin.** Mit der Forderung nach einem Ende der Tarifflucht blicken die Gewerkschaften dem 1. Mai entgegen. Die Zahl der tarifgebundenen Unternehmen sinkt laut Bundesregierung seit 20 Jahren. Aktuell gilt noch für 55 Prozent der Arbeitnehmer ein Tarifvertrag, allerdings sind nur noch 27 Prozent der Unternehmen tarifgebunden. Die Gewerkschaften fordern deshalb weitere allgemeinverbindliche Tarifverträge. Die Arbeitgeber lehnen eine Ausweitung des staatlichen Einflusses in die Tarifpolitik ab. Wie schwierig Tarifverhandlungen aktuell sind, zeigen Beispiele aus OWL.

In Bielefeld droht die IG Metall mit einem unbefristeten Streik bei der Firma Hiro Lift. Der Hersteller von Treppenliften zahlt laut Gewerkschaft den 300 Beschäftigten 25 Prozent weniger Lohn als branchenüblich. Der Antrag zur Urabstimmung über den Streik liegt laut Oguz Önal von der IG Metall zur Prüfung beim Vorstand der Gewerkschaft. „Es wäre der erste unbefristete Streik in der Bielefelder Metallindustrie seit 1978."

In Paderborn kämpfen seit 2017 die Mitarbeiter des Betriebs Faethe-Labor für einen Tarifvertrag. Nach 16 Monaten Arbeitskampf bei dem outgesourcten Labor des Nahrungsmittelherstellers Stute, samt eines dreiwöchigen Hungerstreiks eines Betriebsratsmitglieds, einigten sich Betriebsrat und Geschäftsführung auf die erste Lohnerhöhung seit 15 Jahren. „Der Arbeitskampf läuft aber weiter, weil die Bezahlung noch immer deutlich unterhalb des Branchendurchschnitts liegt", erklärt Armin Wiese von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten.

Für die DGB-Vorsitzende in OWL, Anke Unger, zeigen die Beispiele, wie wichtig Tarifverträge sind. „Beschäftigte mit Tarifvertrag haben höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen. Die rückläufige Tarifbindung fördert prekäre Beschäftigung." Mit Blick auf den Fachkräftemangel unterschätzen laut Unger viele Unternehmen die Bedeutung von Tarifverträgen.

Arbeitgebervertreter benennen andere Gründe für den Trend. „Unternehmen wissen, dass sie es sich in Zeiten des Fachkräftemangels nicht leisten können, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Ihnen geht es um die Freiheit, selber entscheiden zu können, wann der Lohn erhöht wird", erklärt der Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbands der Metallindustrie Bielefeld-Herford-Minden, Dieter Kühnel. „Im Tarif wird nicht auf den Zustand einzelner Betriebe Rücksicht genommen. So sind ausgehandelte Lohnerhöhungen auch für Unternehmen verpflichtend, die es sich nicht leisten können."

➢ *Kommentar, Seite 3*

Kampagne im Streit um Tarifvertrag

■ Die Auseinandersetzung zwischen der IG Metall und dem Bielefelder Betrieb Hiro Lift steht vor einer Eskalation. Auf der Seite *www.wirsindhiro.de* erklärt der Betrieb, dass OWL von der Gewerkschaft belagert wird und sich Hiro Lift gegen den „von der IG Metall gewünschten Stellenabbau" wehrt. Dazu heißt es auf Anfrage vom Unternehmen: „Die Website *www.wirsindhiro.de* soll den Lesern auch einmal die andere Seite aufzeigen und die Realität aus unserer Sicht erklären."

IG Metall Bielefeld

Neue Westfälische vom 07.05.2019

Schwieriger Stand: *Armin Laschet im Ravensberger Park.* FOTO: MIKE-DENNIS MÜLLER

Armin Laschet gnadenlos ausgepfiffen

Tag der Arbeit: Bei der Kundgebung im Ravensberger Park will der NRW-Ministerpräsident am 1. Mai eine Rede halten – er kommt aber kaum zu Wort

Von Mike-Dennis Müller

■ **Bielefeld.** „Für uns Gewerkschafter ist klar: Das heute ist unser Tag", rief Anke Unger, Regionsgeschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ostwestfalen-Lippe am 1. Mai. Bei der zentralen Kundgebung im Ravensberger Park konnte sie neben Oberbürgermeister Pit Clausen auch Ministerpräsident Armin Laschet und die NRW-Vorsitzende des DGB, Anja Weber, begrüßen. Laschet war für eine Rede angereist – er kam aber wegen eines gellenden Pfeifkonzerts kaum zu Wort.

Im Demonstrationszug ging es vom Gewerkschaftshaus an der Marktstraße zur Raspi. Mit Trommeln und Transparenten waren mehrere tausend Menschen unterwegs.

Schon bei der Rede von Anke Weber vom DGB NRW gab es im Park dann Pfeifkonzerte, als sie die Vereinbarkeit von Klimaschutz und der Bewahrung von Industriearbeitsplätzen forderten.

Armin Laschet, der sich eigentlich einen inhaltlichen Schlagabtausch mit den Gewerkschaften liefern wollte, hatte es dann noch viel schwerer. „Ich weiß nicht, was das eine Vorstellung von Demokratie ist, wenn man sich nicht einmal aussprechen lässt", sagte er schließlich leicht resigniert. Entmutigen ließ er sich aber nicht: Er zog seine Rede durch. Zuvor hatte er von der DGB-Jugend ein T-Shirt mit Forderungen überreicht bekommen, das er nach Ermunterung der Jugendlichen schließlich auch einmal überzog.

Oberbürgermeister Pit Clausen bekam für seine Worte Zuspruch. Er rief die Menschen im Ravensberger Park mit Nachdruck dazu auf, an den Europa-Wahlen teilzunehmen. „Wir stehen hier heute für Solidarität und soziale Gerechtigkeit weit über die Landesgrenzen hinaus" sagte er. „Denn Ungerechtigkeit wird nicht mit einer Mauer an der Grenze verteidigt."

Westfalen-Blatt vom 07.05.2019
Bielefeld

Ministerpräsident Armin Laschet bei seiner Rede am Mittwoch in Bielefeld.

Fotos: Thomas F. Starke

Laschets Rede durch Buhrufe und Sprechchöre gestört

Westfalen-Blatt vom 07.05.2019 / 2
Bielefeld

Schwieriger Auftritt des Ministerpräsidenten auf Mai-Kundgebung in Bielefeld

Von Michael Schläger

Bielefeld (WB). Die Rede von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bei der zentralen Maikundgebung des DGB NRW am Mittwoch in Bielefeld ist von massiven Störungen begleitet worden.

Nach Veranstalterangaben waren rund 4000 Menschen in den Ravensberger Park gekommen. Auch die DGB-Landesvorsitzende Anja Weber sah sich teilweise einem heftigen Pfeifkonzert ausgesetzt. Demonstranten aus dem linken Spektrum und Klima-Aktivisten sorgten mit Sprechchören und Buh-Rufen für eine Behinderung der Redebeiträge. Während Laschets Rede fiel zeitweise das Mikrofon aus.

Der Ministerpräsident wich von seinem vorgesehenen Manuskript ab, trat vom Rednerpult an den Bühnenrand. »Ist das ein gutes Bild, das Sie hier abliefern?«, fragte er an die Störer gerichtet. Der eigentliche Gegner in der politischen Auseinandersetzung seien aktuell rechte Nationalisten, die Europa zerstören wollten, sagte Laschet mit Blick auf die bevorstehende Europawahl am 26. Mai. Diese Gruppen gelte es, im Zaum zu halten.

Neben Ministerpräsident Laschet und Bielefelds OB Pit Clausen (Mitte) demonstrieren unter anderem auch die Bundestagsabgeordneten Britta Haßelmann (Grüne/von links), Wiebke Esdar (SPD), Friedrich Straetmanns (Linke) und DGB-NRW-Chefin Anja Weber mit.

Begleitet wurde Laschets Rede vom Slogan der »Fridays For Future«-Bewegung »Wir sind hier, wird sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut«. An die Protestierer gewandt, erklärte der Ministerpräsident deshalb: »Sie tun der Arbeiterbewegung keinen Gefallen, wenn Sie nicht auch über Arbeitsplätze reden.« Laschet forderte weiter: »Wir müssen Klimaschutz mit unserem Industrieland kombinieren.« DGB-Landeschefin Anja Weber forderte: »Baut keine falschen Fronten auf.« Auch sie sprach sich dafür aus, die Interessen von Arbeitnehmern und des Klimaschutzes zu vereinen. Ihr Beitrag ging allerdings in Teilen ebenfalls in Schlachtrufen wie »Hop, hop, Kohle-Stopp« unter.

Weber sprach weiter von einem historisch niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit in NRW. Gleichwohl gebe es auch in Ostwestfalen-Lippe Probleme, wie etwa der Stellenabbau bei Gerry Weber in Halle zeige. Sie lobte den Einsatz der Beschäftigten des Bielefelder Lift-Herstellers Hiro, die seit zwei Jahren um einen Tarifvertrag kämpften.

Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) stellte die Europawahl in den Mittelpunkt seines Grußwortes, warnte vor dem wachsenden Einfluss von Populisten in den einzelnen EU-Ländern. »Wenn alle nur an sich denken, dann bleiben Solidarität und Frieden auf der Strecke.«

Clausen wie auch die DGB-Landesvorsitzende baten zuvor darum, auch den Ministerpräsidenten ausreden zu lassen. »Das gebietet der Respekt. Der Ministerpräsident hat uns auch beim Demonstrationszug zum Ravensberger Park begleitet«, sagte Clausen.

Nach seiner Rede, die wegen der massiven Störungen kürzer ausgefallen war als geplant, begab sich Laschet auf einen kurzen Rundgang über das Parkgelände, wo verschiedene Organisationen ihre Info-Stände aufgebaut hatten und im Anschluss an die Kundgebung ein Mai-Fest geplant war. Auch auf dieser Runde stellte sich der Ministerpräsident weiteren Diskussionen, unter anderem mit Studenten, die Verschlechterungen ihrer Studienbedingungen durch die geplante Neufassung des Hochschulgesetzes fürchteten.

Video und mehr Fotos im Internet
www.westfalen-blatt.de

Bielefeld

Neue Westfälische vom 04./05.05.2019

Mit Fan-Schals: *Beschäftigte um Gewerkschafter Oguz Önal (mit Megafon) zeigen „Wir sind Hiro". Auch die Firma nimmt den Slogan für sich in Anspruch.*

IG Metall droht mit Streik

Konflikt: Die Gewerkschaft fordert von einem Treppenlifthersteller höhere Löhne. Der sieht dadurch Arbeitsplätze gefährdet. Gewerkschafter verteilen im Osterhasenkostüm Flugblätter. Die Firma ruft die Polizei

Von Sebastian Kaiser

■ **Bielefeld.** Seit einem Jahr liegen die Industriegewerkschaft Metall und das Unternehmen Hiro, Hersteller von Treppenliften, im Clinch. Die Auseinandersetzung läuft auf einen knallharten Tarifkonflikt zu: den ersten unbefristeten Streik in Bielefeld seit 40 Jahren. Freitagabend hat die Gewerkschaft auch beim Arminia-Heimspiel Flugblätter verteilt. Das Unternehmen reagiert mit einem kämpferischen Internet-Auftritt.

Beide Seiten werfen sich mangelnde Gesprächsbereitschaft und Unverständnis für die Situation vor. Die Gewerkschaft beklagt einen „frühkapitalistischen Eigentumsbegriff" der Firmeninhaber. Der Rechtsanwalt der Unternehmer moniert, dass „mit der Tarifkeule auf einen kleinen Mittelständler losgegangen wird".

Hintergrund: Bei Hiro würden die Mitarbeiter 25 Prozent weniger Entgelt erhalten als in tarifgebundenen Betrieben, sagt die IG Metall. Zudem würde kein Weihnachtsgeld gezahlt und die Wochenarbeitszeit sei länger.

Hiro hält dagegen: 2017 habe man eine Lohnsteigerung um zwei Prozent und eine Reduzierung der Arbeitszeit um eine Stunde angeboten. Das habe die Gewerkschaft abgelehnt. Daher sei nur der Lohn angehoben worden.

Zudem würde ein volles 13. Gehalt als Urlaubsgeld gezahlt. Vor allem aber: „Das Korsett eines Tarifvertrages könnte Betriebsveränderungen hervorrufen. Das hätte Auswirkungen auf die Arbeitsplätze", sagt Geschäftsführer Constantin Hein. Hätte die IG Metall die wirtschaftliche Situation analysiert, würde sie verstehen, was möglich sei.

Der Markt für Treppenlifte ist hart umkämpft. „Vor 15 Jahren kostete ein Treppenlift 13.000 bis 14.000 Euro, heute kann man nur noch 10.000 Euro erlösen", sagt Hiro-Vertriebsleiter Göksel Kör. Konkurrenten würden billig im Ausland fertigen lassen. Hiro produziert mit einer großen Fertigungstiefe komplett in Deutschland und will das auch weiterhin tun. Rund 300 Beschäftigte hat das Unternehmen insgesamt, etwa 180 arbeiten am Standort Bielefeld.

Auf „www.wirsindhiro.de": *Die Firma sieht sich von der Gewerkschaft bedroht.*

Schwerpunkt sind individuell angefertigte Treppenlifte. Markenzeichen ist der Rollenantrieb auf glatten Rohren. Produziert wird zum Großteil in Handarbeit. Doch der Maschinenpark ist veraltet. Constantin Hein, der 2016 Nachfolger des verstorbenen Wilfried Hein wurde, hat kein leichtes Erbe angetreten. 16 Millionen Euro Umsatz machte die Firma 2017. „Aber der Gewinn ist gering und das Geld brauchen wir für Investitionen", sagt er.

Die IG Metall macht sich seit 2012 für höhere Bezüge der Mitarbeiter stark. Das Unternehmen ist nicht tarifgebunden. Nachdem Verhandlungen wenig Erfolg hatten, legte die Gewerkschaft Ende letzten Jahres härtere Bandagen an. Sie rief zum Warnstreik auf.

Es folgten weitere Warnstreiks und Aktionen. „Immer wieder wurden Gesprächstermine zugesagt, doch passiert ist nichts", sagt Verhandlungsführer Oguz Önal, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Bielefeld.

Hiro erklärt, man habe mehrfach angeboten, die wirtschaftliche Situation des Unternehmens gemeinsam zu untersuchen. „Ich warte bis heute auf eine Antwort", sagt der Hannoveraner Rechtsanwalt Erik Weidemann, der das Unternehmen vertritt.

Am Ostersamstag verteilten Önal und Vertrauensleute aus dem Betrieb in Osterhasenkostümen Flugblätter in der City. Sie riefen die Öffentlichkeit zur Unterstützung auf.

Bei der Unternehmensführung war Önal schon längst nicht mehr gern gesehen. Einmal sah er sich im Betrieb einem Sicherheitsmann gegenüber, zweimal rief die Geschäftsführung die Polizei, um ihn hinaus führen zu lassen. „Unwürdig" findet das der Gewerkschaftsmann. Hiro sagt, Önal habe sich nicht an die Regeln gehalten. „Gewerkschaftsvertreter müssen ihre Besuche eine Woche vorher ankündigen", so Anwalt Weidemann.

Krumm genommen haben Mitarbeiter und Gewerkschaft dem Unternehmen, dass Hiro auf der Alm eine Loge angemietet hat und dort auch Werbung macht. Übrigens auf derselben Bande, auf der auch das Banner der IG Metall aufleuchtet. „Wir verzichten auf Weihnachtsgeld, damit Hiro Geld für Arminia hat", heißt es. Die Gewerkschaft ließ aus Protest Schals in den Farben des Fußballclubs anfertigen. „Wir sind Hiro" steht darauf.

Jobangebote und knackige Botschaften

Bei der Hiro-Geschäftsführung löst das Kopfschütteln aus. „Wir geben nicht mehr Geld aus, sondern haben unseren Werbeetat umgeschichtet – weg von Anzeigen in Zeitschriften. Dafür wollen wir digital werben und regionale Präsenz zeigen", begründet Marketingleiter Michael Kämpfe das Engagement bei Arminia.

Außerdem besitze man längst die Internet-Domain „Wir sind Hiro". Seit kurzem sind darunter die Job-Angebote des Unternehmens – 27 freie Stellen – sowie knackige Botschaften zu finden: „Seit über zwei Jahren wehrt sich ein kleines mittelständisches Unternehmen erfolgreich gegen den von der IG Metall gewünschten Stellenabbau." Dazu die Parole: „Standort statt Tarif."

„Wir wollen Arbeitsplätze und den Standort erhalten und den Mitarbeitern vernünftige Arbeitsplätze bieten", sagt Hein. Die Gewerkschaft hat am Freitagabend nachgelegt und vor der Alm Flugblätter verteilt. Hein versuche sich mit Bandenwerbung „als Gönner darzustellen", stand unter anderem darauf.

Wie geht es weiter? Man wolle gerne mit dem Betriebsrat und den Mitarbeitern reden, nicht aber mit der Gewerkschaft, heißt es bei Hiro. „Unter der Voraussetzung, dass ein Tarifvertrag vom Tisch ist, können auch Betriebsvereinbarungen etwa zur Beschäftigungssicherung getroffen werden", so Anwalt Weidemann.

Die IG Metall betont zwar ihre Kompromissbereitschaft, bleibt jedoch hart.

Am 7. Mai werde der Bundesvorstand beraten, am nächsten Donnerstag sei eine Urabstimmung möglich, ab Freitag dann ein unbefristeter Streik.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 04.05.2019

Lohndumping

Zu „Tarifverträge nur noch in jedem viertem Unternehmen" (30.04.2019)

■ Dem Argument der Betriebe, die sich tarifliche Leistungen und Löhne nicht leisten können, hilft es wenig, den gnadenlosen Konkurrenzkampf um Marktpositionen über die Stellschraube billige Arbeitskräfte zu erzielen. Wenn ich mich auf dem heimischen, gut aufgestellten Industriesektor so umschaue, kommen die fortschrittlichsten und innovativsten Produkte aus tarifgebundenen Betrieben. Qualität und Leistung resultieren eben aus Motivation, Anerkennung und Zukunftssicherheit. Gerade die Produkte von Hiro Lift profitieren von der Solidargemeinschaft, daran sollten sie auch denken.

Berthold Griese
33619 Bielefeld

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 04.05.2019

Hiro lehnt »Tarifkorsett« strikt ab

Bielefeld (WB/vz). Der Bielefelder Treppenlifthersteller Hiro lehnt eine Tarifvereinbarung mit der IG Metall ab. Die Gewerkschaft drohte mit einer Urabstimmung über einen unbefristeten Streik, weil das Unternehmen seine Mitarbeiter 25 Prozent unter dem branchenüblichen Tarif bezahle. Abgestimmt werde nächste Woche, kündigte Gewerkschaftssekretär Oguz Önal am Freitag an.

Hiro-Geschäftsführer Constantin Hein kritisierte darauf das Verhalten der Gewerkschaft als inakzeptabel und drohte: »Das Korsett eines Tarifes können wir nicht stemmen, es kann zu einer Betriebsänderung führen.« Der Standort Bielefeld werde sonst gefährdet, weniger Liftbestandteile könnten selbst hergestellt werden. Hiro mit seinen 300 Beschäftigten, davon 170 in Bielefeld, wolle aber an seinem Produkt »made in Germany« festhalten, die Arbeitsplätze in der Stadt erhalten. Die Löhne seien 2017 freiwillig um zwei Prozentpunkte erhöht worden, es werde »ein 13. Gehalt gezahlt«. Wenn etwas zu regeln sei, werde erst mit der Belegschaft gesprochen und nicht mit Dritten.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 04.05.2019

Liftersteller Hiro lehnt eine Tarifbindung ab

Gewerkschaft droht Urabstimmung zum unbefristeten Streik an

Bielefeld (vz). Der Treppenlifthersteller Hiro in Bielefeld will sich dem Druck durch die Industriegewerkschaft Metall Bielefeld nicht beugen. Diese fordert eine bessere Bezahlung der Hiro-Mitarbeiter und will das mit einer Urabstimmung über einen unbefristeten Streik durchsetzen.

Nach Angaben von Gewerkschaftssekretär Oguz Önal bezahle Hiro seine Beschäftigten 25 Prozent unter dem branchenüblichen Tarif. Dagegen macht die Gewerkschaft seit vergangenem Herbst Front, mal mit stundenweisen Arbeitsniederlegungen durch die gewerkschaftlich organisierten Hiro-Mitarbeiter, teils auch mit publikumswirksamen Kampagnen in der Innenstadt.

Demgegenüber betonte Hiro-Geschäftsführer Constantin Hein am Freitag bei einem Pressegespräch, dass das »Korsett eines Tarifes hier in eine Betriebsänderung führen kann«. Diese beinhalte dann möglicherweise das Auslagern von Fertigungsprozessen, vielleicht sogar den Verlust des Firmenstandorts in Bielefeld. Dem wolle man auf jeden Fall begegnen. Trotzdem seien Betriebsvereinbarungen in Sachen Entlohnung möglich, das regele man mit den Beschäftigten. »Die Frage nach einer Tarifvereinbarung ist endgültig vom Tisch«, sagt Hein.

Der Markt sei schwierig. »Wir sind ein kleiner Hersteller, und hier der einzige mit Treppenliften«, sagte Hein. »Wir wollen an unserem Produkt ›made in Germany‹ und am Standort Bielefeld festhalten und um die Arbeitsplätze kämpfen.« Ein unbefristeter Streik bewirke genau das Gegenteil.

Gespräche und Informationen seien der Gewerkschaft mehrfach angeboten worden, damit sie sich mit der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens vertraut machen könne, der Jahresabschluss hätte vorgelegt werden können. Davon habe die Gewerkschaft keinen Gebrauch gemacht, kritisiert Hein.

Nach Angaben der Unternehmensleitung lag der Hiro-Umsatz im Jahr 2017 bei 46 Millionen Euro, für 2018 lägen noch keine Daten vor. Es gebe einen leichten Gewinn, damit »wollen wir Hiro fit machen für die Zukunft«, deutete Hein an. Das beinhalte Investitionen. Genannt wurde unter anderem der Maschinenpark, der in absehbarer Zeit ergänzt und modernisiert werden solle.

Die Gewerkschaftskritik, Hiro investiere Geld an der falschen Stelle wie etwa beim DSC Arminia in Bandenwerbung, weist Hein zurück: »Wir haben das Werbebudget nur umgeschichtet und verwenden es regional.«

NW 10.5.2019

Arbeitskampf eskaliert

Konflikt: Mit einem unbefristeten Streik will die IG Metall Tarifverhandlungen beim Treppenlift-Hersteller Hiro erzwingen. Das Unternehmen sieht Jobs gefährdet

Von Sebastian Kaiser

■ **Bielefeld.** Im Konflikt um die Löhne beim Treppenlift-Hersteller Hiro greift die IG Metall zum letzten Mittel: Am heutigen Freitagmorgen hat um 6 Uhr ein unbefristeter Streik begonnen. Wie die Gewerkschaft mitteilt, haben sich bei einer Urabstimmung in dem Betrieb 95 Prozent ihrer Mitglieder für einen Ausstand ausgesprochen.

Von insgesamt 300 Hiro-Beschäftigten sind rund 180 am Standort Bielefeld tätig. „75 Prozent davon sind Gewerkschaftsmitglieder", sagt Oguz Önal, zweiter Bevollmächtigter der Metallgewerkschaft in Bielefeld. Auch unorganisierte Beschäftigte wollten sich an dem Streik beteiligen.

„Das Abstimmungsergebnis hat unsere Erwartungen übertroffen", sagt Önal. Hätten nur 60 Prozent der Mitglieder für den Streik gestimmt, hätte der Bundesvorstand der IG Metall den Streik sofort gestoppt. Denn mindestens drei Viertel der Mitglieder in einem Betrieb müssten mit Ja stimmen, bevor die Gewerkschaft zum zeitlich unbegrenzten Arbeitskampf aufrufe.

Es ist der erste unbefristete Streik in der Bielefelder Metallindustrie seit 1978. „Wir machen es uns nicht leicht", sagt Önal. Doch seit 2,5 Jahren versuche man ergebnislos Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Die verdienten 25 Prozent weniger als branchenüblich, bekämen kein Weihnachtsgeld und müssten länger arbeiten als in anderen Betrieben.

Die Hiro-Geschäftsführung lehne Tarifverhandlungen ab. Warnstreiks und Aktionen der Gewerkschaft blieben fruchtlos. Zudem sei der Konflikt eskaliert, sagt Önal: „Betriebsräte, die an einer Fortbildung teilgenommen haben, mussten hohe Lohnabzüge hinnehmen, weil die Seminarkosten zu hoch gewesen seien."

Wie der Streik in der kommenden Woche fortgesetzt werde, sei noch offen. Man habe ein flexibles Konzept. „Aber wenn es ernsthafte Absichten gibt, setzen wir uns sofort an den Verhandlungstisch." Ute Herkströter, erste Bevollmächtigte der IG Metall, betont: „Die Zeit der Gespräche ist jedoch vorbei. Jetzt muss es um echte Tarifverhandlungen gehen."

Vertrauensleute der Gewerkschaft bei Hiro sagen: „Unser Ziel ist ein Haustarifvertrag. Uns ist klar, dass wir nicht auf einen Schlag 25 Prozent mehr bekommen können. Wir wollen eine schrittweise Angleichung über mehrere Jahre."

Man habe bereits Solidaritätsbekundungen von Gewerkschaftern aus ganz Deutschland erhalten, so Önal. Auch die drei Bielefelder Bundestagsabgeordneten Wiebke Esdar (SPD), Britta Haßelmann (Grüne) und Friedrich Straetsmanns (Linke) melden sich zu Wort. Sie bieten den Kontrahenten an, „über ein Verfahren zur Wiederaufnahme der Gespräche zu beraten".

Die Hiro-Geschäftsführung wollte am Donnerstag keine Stellungnahme abgeben, da das Ergebnis der Urabstimmung noch nicht offiziell sei. Sie verweist auf einen offenen Brief an die Belegschaft. Darin betont Geschäftsführer Constantin Hein die schwierige Wettbewerbssituation des Treppenliftbauers. Vor allem im Produktionsbereich gebe es „erhebliche Herausforderungen". Man sei mit „Empfehlungen für etwaige Teilauslagerungen, Zukäufe aus dem Ausland oder Schließungen von Abteilungen konfrontiert". Ein Tarifvertrag würde zu einer wirtschaftlichen Überforderung führen. Als Konsequenz könne der Verlust von Arbeitsplätzen insbesondere in der Produktion nicht ausgeschlossen werden.

Für Önal ist das „ein Spiel mit der Angst". Die IG Metall wolle ein Ergebnis, sei aber offen für „passgenaue Lösungen". Sie hat Zeitarbeitsfirmen auf das Verbot von Streikbrucharbeiten hingewiesen. „Verstöße werden wir der Arbeitnehmerüberlassungs-Kontrollstelle NRW melden."

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 10.05.2019

Unbefristeter Streik bei Hiro-Lift

Bielefeld (WB/wie). Bei dem Bielefelder Treppenlift-Hersteller Hiro tritt ein Großteil der Belegschaft heute in einen unbefristeten Streik. In einer Urabstimmung sprachen sich gestern 95 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Hiro-Mitarbeiter dafür aus.

Belegschaft und Gewerkschaft fordern die Aufnahme von Tarifverhandlungen. »Wir werden solange streiken, bis ein Tarif-Ergebnis erzielt ist«, erklärt Oguz Önal, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Bielefeld. Von dem Ergebnis der Urabstimmung zeigte sich selbst Önal überrascht: »Das übertrifft deutlich unsere Erwartungen.« An der Urabstimmung nahmen 75 Prozent der etwa 170 Mitarbeiter am Standort Bielefeld teil. Sie wollen heute mit Beginn der Frühschicht um 6 Uhr ihre Arbeit niederlegen. Nach Angaben der Gewerkschaft bezahle das nicht tarifgebundene Unternehmen seine Beschäftigten 25 Prozent unter dem branchenüblichen Tarif. Verhandlungen mit der Geschäftsführung seien in den vergangenen zwei Jahren immer wieder gescheitert, auch Warnstreiks seien ohne Wirkung geblieben.

Westfalen-Blatt vom 10.05.2019
Bielefeld

Hiro-Mitarbeiter treten in den Streik

Urabstimmung: 95 Prozent sprechen sich für eine unbefristete Arbeitsniederlegung aus

Von Arndt Wienböker

Bielefeld (WB). Dem Treppenlift-Hersteller Hiro aus Bielefeld stehen unruhige Zeiten bevor. In einer Urabstimmung sprachen sich gestern 95 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Hiro-Mitarbeiter für einen unbefristeten Streik aus, der bereits heute beginnt.

Belegschaft und Gewerkschaft fordern die Aufnahme von Tarifverhandlungen. »Wir werden solange streiken, bis ein Tarif-Ergebnis erzielt ist«, erklärt Oguz Önal, Gewerkschaftssekretär und zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Bielefeld. Von dem Ergebnis der Urabstimmung, die in einer geheimen Wahl durchgeführt wurde, zeigte sich selbst Önal überrascht: »Das übertrifft deutlich unsere Erwartungen.«

An der Urabstimmung nahmen 75 Prozent der etwa 170 Mitarbeiter am Standort Meller Straße teil. Sie wollen heute mit Beginn der Frühschicht um 6 Uhr ihre Arbeit niederlegen. Önal: »Es haben aber auch viele der nicht gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter angekündigt, sich an dem Streik beteiligen zu wollen.«

Hiro-Mitglieder der betrieblichen Streikleitung hoffen, dass die Unternehmensführung nun endlich zum Einlenken bereit ist. »Unser Ziel ist ein Haustarifvertrag mit Weihnachtsgeld und Arbeitszeitverkürzung. Wir fordern ein faires Angebot und einen respektvollen Umgang mit den Beschäftigten«, betonen Pascal Avenwedde, Klaus Schmiedeknecht und Florian Unruh als Vertrauensleute der IG Metall.

Um einen unbefristeten Streik durchzusetzen, waren mindestens 75 Prozent der Stimmen erforderlich. Zuletzt hatte die IG Metall Bielefeld 1978, also vor mehr als 40 Jahren, eine Urabstimmung durchführen müssen. Ute Herkströter, erste Bevollmächtigte der IG Metall Bielefeld, verdeutlicht den Ernst der Lage: »Jetzt geht es nicht mehr um Gesprächsbereitschaft, sondern um Tarif-Verhandlungen auf Augenhöhe.«

95 Prozent Zustimmung (von links): Oguz Önal, Ute Herkströter (beide IG Metall Bielefeld) sowie die Hiro-Mitarbeiter Florian Unruh, Klaus Schmiedeknecht und Pascal Avenwedde. Foto: Oliver Schwabe

Gewerkschaft und Unternehmen, nach eigenen Angaben Deutschlands größter Treppenlift-Hersteller, liegen schon länger im Clinch. Nach Angaben der Gewerkschaft zahlt das nicht tarifgebundene Unternehmen den insgesamt 300 Beschäftigten 25 Prozent weniger als der branchenübliche Tarif. Verhandlungen über höhere Löhne seien in den vergangenen zweieinhalb Jahren aber immer wieder gescheitert, auch Warnstreiks und andere Aktionen ohne Wirkung geblieben. Hiro-Geschäftsführer Constantin Hein würde laut Önal stattdessen »Angst schüren und mit Entlassungen und einem Standort-Wechsel drohen«. Hiro-Mitarbeiter sprechen von »Existenzängsten«.

In einem offenen Brief an die Belegschaft hatte Hein am Dienstag erklärt, »ein Tarifvertrag, wie von der IG Metall angestrebt, würde zu einer wirtschaftlichen Überforderung des mittelständischen Unternehmens führen«. Nun ist der Tarifstreit zwischen Hiro-Lift und der Gewerkschaft endgültig eskaliert.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 11.05.2019 / 1

Streik beim Bielefelder Treppenlift-Hersteller Hiro: Etwa 80 Mitarbeiter demonstrierten am Freitag für gerechtere Löhne. Foto: Bernhard Pierel

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 11.05.2019 / 2

Belegschaft legt Arbeit nieder

Hiro: Streik soll fortgesetzt werden – Unternehmen will sich äußern

Von Arndt Wienböker

Bielefeld (WB). Nach der Urabstimmung am Donnerstag (das WESTFALEN-BLATT berichtete) ist ein Großteil der Belegschaft des Bielefelder Treppenlift-Herstellers Hiro am Freitag wie angekündigt in einen unbefristeten Streik getreten. Am Vormittag fanden sich etwa 80 Mitarbeiter am Betrieb an der Meller Straße ein, um für gerechtere Löhne und die Aufnahme von Tarifverhandlungen zu demonstrieren. »Das spiegelt in etwa das wider, was wir erwartet haben«, sagte Oguz Önal, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Bielefeld: »Ich hoffe, dass das Signal, was wir mit dem Streik senden, ankommen wird, und zu Verhandlungsbereitschaft seitens der Geschäftsführung führt.«

Mit Plakaten wie »Hier ist der Kunde König und der Mitarbeiter Bettler« taten die Streikenden ihren Unmut über geringe Löhne kund. Auch Sozialpfarrer Matthias Blomeier stattete der in den Ausstand getretenen Hiro-Belegschaft einen Besuch ab und sicherte nach Aussage von Önal seine Unterstützung zu. Zudem habe es viele Solidaritätsbekundungen von anderen Gewerkschaftlern und Organisationen gegeben.

Am Nachmittag zog ein Teil der Streik-Gemeinschaft zur Altstädter Nicolaikirche weiter, wo Bundesarbeitsminister Hubertus Heil der Regine-Hildebrandt-Preis verliehen wurde. Oguz Önal: »Das, was bei Hiro passiert, geht alle Bielefelder etwas an. Darum wollen wir Präsenz in der Stadt zeigen.«

Von Seiten der Hiro-Geschäftsführung um Inhaber Constantin Hein gab es auch gestern keine Stellungnahme. Marketingleiter Michael Kämpfe kündigte auf WB-Anfrage jedoch an: »In der nächsten Woche werden wir eine offizielle Erklärung abgeben.« In einem offenen Brief an die Belegschaft hatte Geschäftsführer Hein einen wie von der IG Metall geforderten Tarifvertrag als finanziell nicht tragbar für das Unternehmen dargestellt.

Auch die drei Bielefelder Bundestagsabgeordneten Wiebke Esdar (SPD), Britta Haßelmann (Grüne) und Friedrich Straetmanns (Linke) haben sich in den Tarifkonflikt eingeschaltet und beide Seiten zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.

Die Gewerkschaft kündigte an, den unbefristeten Streik, für den sich in der Urabstimmung 95 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Hiro-Mitarbeiter ausgesprochen hatten, am Montag fortzusetzen.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 14.05.2019

Tarifkonflikt spitzt sich weiter zu

Streik bei Hiro-Lift: Geschäftsleitung übt scharfe Kritik am Vorgehen der Gewerkschaft

Von Arndt Wienböker

Bielefeld (WB). Der Tarifstreit zwischen dem Bielefelder Treppenlift-Hersteller Hiro und der Gewerkschaft IG Metall geht weiter. Während der unbefristete Streik der Mitarbeiter am Standort Meller Straße gestern fortgesetzt wurde, gab die Geschäftsleitung um Inhaber Constantin Hein eine Pressemitteilung heraus, in der das Vorgehen der Gewerkschaft scharf kritisiert wird.

»Die Geschäftsleitung der Hiro-Lift GmbH bewertet das Vorgehen der IG Metall als unangemessen und verantwortungslos. Als kleines mittelständisches Unternehmen sind wir in Sorge um den Standort und die Arbeitsplätze in Bielefeld«, heißt es in der Mitteilung. Mit dem Streik habe die IG Metall Bielefeld dem Unternehmen die Grundlage für einen ordnungsgemäßen Betriebsablauf entzogen. Des Weiteren sei der Geschäftsleitung nicht ein einziger Arbeitsplatz bekannt, bei welchem die Vergütung 25 Prozent »unter« einer Bemessungsvergütung liegen würde, wie von der Gewerkschaft behauptet worden sei.

Die Kritik des Unternehmens richtet sich vor allem an die örtlichen IG Metall-Vertreter: »Auf dem Weg in die Arbeitswelt 4.0 reicht es nach unserer Auffassung nicht aus, wenn örtliche Gewerkschaftsvertreter in einem Hasenkostüm durch einen Betrieb laufen, um die Belegschaft in einen standortgefährdenden Arbeitskampf zu drängen.«

Das Unternehmen kündigte zudem Konsequenzen an. Im letzten Satz der von Geschäftsführer Constantin Hein unterzeichneten Erklärung heißt es: »Die Geschäftsleitung wird diesem unsozialen Betreiben mit den notwendigen Maßnahmen entgegentreten.« Wie diese Maßnahmen konkret aussehen, dazu wollte sich Marketingleiter Michael Kämpfe gestern auf Anfrage nicht äußern: »Aktuell möchten wir dazu keine weiteren Statements abgeben.« Behauptungen seitens der Gewerkschaft, wonach zum 10. Mai fällige Gehaltszahlungen an die streikenden Hiro-Mitarbeiter zurückgehalten worden seien, widersprach Kämpfe allerdings: »Das können wir nicht bestätigen.«

Seit Freitag wird der Treppenlift-Hersteller Hiro an der Meller Straße bestreikt. Foto: Oliver Schwabe

Gewerkschaftssekretär Oguz Önal fordert unterdessen weiterhin die Aufnahme von Tarifverhandlungen: »Der Arbeitgeber ist am Zug. Wir sind zu passgenauen Lösungen bereit und warten ab, was passiert.« Für heute Mittag hat die IG Metall Bielefeld zu einem Pressegespräch geladen, an dem auch Ralf Kutzner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, teilnehmen wird. Dabei soll auch über die weitere Vorgehensweise informiert werden.

Westfalen-Blatt vom 15.05.2019
Bielefeld

Hiro-Lift: Streik wird unterbrochen

IG Metall fordert Tarifverhandlungen in dieser Woche – Brief an Geschäftsführung

Von Arndt Wienböker

Bielefeld (WB). Der Tarifstreit zwischen dem Bielefelder Treppenlift-Hersteller Hiro und der Gewerkschaft IG Metall geht in die nächste Runde. Gestern teilte die Tarifkommission der IG Metall mit, dass der unbefristete Streik der Belegschaft von heute an für drei Tage unterbrochen wird.

»Wir halten auch in schwierigen Situationen die Tür offen und sind zuversichtlich, dass auch in der gegenwärtigen Stimmungslage eine sozialpartnerschaftliche Lösung realisiert werden kann. Daher haben wir uns für diese Vorgehensweise entschieden«, erklärt Ute Herkströter, erste Bevollmächtigte der IG Metall Bielefeld. Die Belegschaft wird aufgefordert, bis einschließlich Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen. In einem Brief der Gewerkschaft an Hiro-Geschäftsführer Constantin Hein heißt es wörtlich: »Wir möchten Ihnen hiermit die Möglichkeit geben, mit uns bis spätestens Samstag, 18. Mai, in Tarifverhandlungen zu treten.«

Gewerkschaftssekretär Oguz Önal ergänzt: »Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir verhandeln müssen. Die Belegschaft hat in den letzten Tagen deutlich gemacht, dass sie einen Tarifvertrag haben will. Ein verantwortungsvoller Geschäftsführer kann diese Signale nicht überhören. Wir sind weiterhin zu passgenauen Lösungen und Kompromissen bereit.« Sollte allerdings auch auf dieses Signal keine Reaktion seitens der Geschäftsführung erfolgen, würde der Streik am kommenden Montag unbefristet fortgesetzt.

Gestern setzte die Hiro-Belegschaft ihren Streik fort, heute soll wieder gearbeitet werden – zunächst aber nur für drei Tage. Foto: Wienböker

Unterstützung für die seit vergangenen Freitag für gerechtere Löhne streikende Hiro-Belegschaft gab es gestern durch Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Wir brauchen einen vernünftigen Tarifvertrag. Mit der Kompromissbereitschaft ist endgültig Schluss, wenn es jetzt keine konstruktiven Antworten gibt.« Urban forderte die Hiro-Mitarbeiter zum Widerstand gegen die Geschäftsführung auf. »Nicht betteln, sondern Rechte einklagen«, rief er der Streik-Gemeinschaft zu: »Die Belegschaft ist das Unternehmen.«

Wie berichtet hatte die Hiro-Geschäftsführung um Constantin Hein am Montag eine Pressemitteilung herausgegeben, in der die bisherige Vorgehensweise der Gewerkschaft scharf kritisiert wurde. Zudem kündigte das Unternehmen Gegenmaßnahmen an. Die IG Metall hofft nun auf ein Einlenken. Oguz Önal: »Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die Geschäftsführung auch diese Chance ungenutzt lässt.«

Bielefeld

Neue Westfälische vom 15.05.2019

IG Metall unterbricht Streik bei Hirolift

■ **Bielefeld.** Die IG Metall unterbricht den unbefristeten Streik bei Hirolift und bietet Tarifverhandlungen für diese Woche an.

„Wir versuchen seit mehr als zwei Jahren, Verhandlungen mit der Geschäftsführung über einen Tarifvertrag zu führen. Jegliche Verhandlungstermine und auch Angebote der Gewerkschaft, eine gemeinsame wirtschaftliche Begutachtung durchzuführen, wurden abgelehnt oder erst gar nicht beantwortet", heißt es. Nach drei absolvierten Streiktagen bietet die IG Metall Bielefeld der Geschäftsführung von Hirolift im Zeitraum von Mittwoch bis einschließlich Samstag an, an den Verhandlungstisch zu kommen. Oguz Önal, zweiter Bevollmächtigter der IG Metall, erklärt dazu: „Die Belegschaft hat in den letzten Tagen deutlich gemacht, dass sie einen Tarifvertrag haben will. Ein verantwortungsvoller Geschäftsführer kann diese Signale nicht überhören."

Die Geschäftsführung des Unternehmens hat den unbefristeten Streik laut einer Pressemitteilung „mit Entsetzen zur Kenntnis genommen". „Als kleines mittelständisches Unternehmen sind wir in Sorge um den Standort und die Arbeitsplätze in Bielefeld", heißt es darin weiter und es werden schwere Vorwürfe erhoben: „Wir können nicht ausschließen, dass das Handeln der örtlichen IG-Metall-Vertreter durch den Wunsch nach persönlicher Profilierung bestimmt ist und nicht durch eine soziale Verantwortlichkeit für die Arbeitsplätze (...)."